

# Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3705.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Bismarckstr. 10.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40  $\frac{1}{2}$  Vergütungsanzeigen und Stellvermittlungen 20  $\frac{1}{2}$ , Verammlungsanzeigen 10  $\frac{1}{2}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

## Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streits bzw. der Differenzen streichen wir die Dreie unter dieser Rubrik.)

**Mittweida. (Telegr.)** Zuzug ist fernzuhalten nach der Stuhlfabrik von Romer & Lange in Altmittweida.

**Bamberg. (Telegr.)** Zuzug von Schreibern fern halten wegen Konflikt in der Möbelfabrik Müller.

**Süßbana. (Telegr.)** Bei G. Wunderlich haben sämtliche Holzarbeiter wegen Maßregelung und fortgesetzter Abzüge die Arbeit niedergelegt. (Siehe auch unter Korrespondenzen.)

Zuzug ist fernzuhalten von:  
**Tischlern** nach Höchst a. M., Hamburg (Schlichting), Alzei, Spremberg (Kiefer), Kolmar in Polen (Kegler), Bindau im Bodensee, Grimmitzschau (Hohland & Pohlend, Uhrgehäufabrik), Mainz, Guben (W. Günther), Süßbana (G. Wunderlich), Frankfurt a. M. (Kothé & Söhne);  
**Drechsler, Maschineneisenarbeiter und Tischlern** nach Grabow bei Stettin (Salge);  
**Pianosortearbeitern** nach Leipzig (Zimmermann N.-G.);  
**Berlinmutterknopfdrechsler** nach Gartha (Opis);  
**Politurarbeitern** nach Fürth (Kern).

### Aus der Rolle gefallen.

Es gelingt nichts mehr! Mühen sich da die Einseitiger der reaktionären Parteien seit mehr als einem Monat im Reichstage ab, um den üblen Eindruck, den ihre reaktionäre Gesetzgebungsarbeit der letzten Jahre bei den der Arbeiterklasse angehörenden Wählern hervorgerufen hatte, durch um so schönere Reden zu verwischen. Erklärten da selbst die anrüchlichsten Scharfmacher im Angesicht der Wahlen, Gut und Blut opfern zu wollen für den Bruder Arbeiter, wenn er nur noch einmal ihnen am Wahltag sein Vertrauen schenke. Und kaum, daß man das böse Gewissen, das selbst bei besonders abgefeimten Sündern im Angesicht des Gerichts und der unvermeidlichen Strafe immer wieder mahnen sich äußert, durch mortale Selbstbeweihräucherungen mühsam beschwichtigt hatte, kaum, daß die bedenklich verrosteten und lädirten Parteischilder mit Lug und Trug und Heuchelei in einigermaßen passablen Zustand wieder hergestellt waren, so daß sie dem blinden, vertrauensfertigen Arbeitervähler zum Noth noch einmal blank und sauber erscheinen konnten, da wird all' die Heuchelei, all' die Mühe und Arbeit zu nichts gemacht durch den besten Freund, auf den man beim Wahlmorgelgeschäft die meiste Hoffnung gesetzt hatte. Denn währenddem die bürgerlichen Parteien im Reichstag ein Wettlaufen und Wettreden und Wettlingen um die Gunst des bei den Wahlen, ach, so geschäftigen Bruder Arbeiters befahten, gingen im preussischen Landtage Auseinandersetzungen vor sich, die auf einen ganz anderen Ton gestimmt waren. Und auch die bürgerlichen Parteien zeichneten sich hierbei in einer Weise aus, die ihre Zweifelseelentheorie so recht offenbarte. Und das hat mit ihren Scharfmacherneigungen allein die Regierung verursacht.

In Preußen ist seit einem halben Jahre ein neuer Verkehrsminister am Regieren, ein Herr Budde, der bis in das reife Mannesalter hinein das edle Kriegshandwerk betrieb, in dem er es bis zum General brachte, und der später in einer Munitionsfabrik eine einträgliche

Direktorenstelle bekleidet hatte. Man konnte darüber im Zweifel sein, ob es zweckmäßig sei, einen alten Mann, dem das Verkehrswesen ganz fremd war, gerade zum preussischen Eisenbahnminister zu machen. Jedemfalls war die Berufung des Generals Budde zum Eisenbahnminister von der Presse mehr als einmal und dabei in recht ablehnenden Sinne kritisiert worden. Herr Budde benutzte deshalb die erste Gelegenheit, die sich ihm bot, um jene Zweifel zu zerstreuen. Bei der Staatsdebatte hielt er eine Programmrede, in der er seine verkehrspolitische Weisheit leuchten ließ — die alte Weisheit, die man von früheren Vertretern seines Faches schon hinreichend kennt; soweit Verkehrsfragen in Betracht kommen Ausschluß jeder noch so notwendigen Reform und weitere Forcierung der Ueberproduktion und Wirtschaft. Dagegen aber Niederhaltung der Organisationsbestrebungen der Eisenbahnarbeiter. Mit der ganzen, einem „alten Soldaten“ reichlich zur Verfügung stehenden Lungkraft, erklärte er:

„Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation Bestrebungen geltend machen, die ich kurzweg mit dem Namen „Umsturz“ bezeichnen möchte. Meine ganze Vergangenheit bürgt Ihnen dafür, daß ich derartigen Bestrebungen mit aller Energie entgegenzutreten werde. Ich folge darin meinem Amtsvorgänger, daß wir alle diejenigen ausmerzen, die dem nicht folgen wollen. Mein Amtsvorgänger hat in einem Erlaß bestimmt: Wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen betheiligt, innerhalb des Eisenbahnpersonals, wird als Arbeiter sofort entlassen. Wer als nichtständiger Beamter dasselbe thut, dem wird ebenfalls gekündigt, der wird entlassen. Wer als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich dessen schuldig macht, wird einfach im Wege des Disziplinarverfahrens beseitigt. Das ist ein Vermächtniß, das ich übernommen habe, und das werde ich auch halten.“

Weiter sprach er in derselben Debatte davon, daß man gegenüber den Eisenbahnarbeitern und Angestellten mit Nachdruck den Standpunkt vertreten müsse, daß man „Herr im Hause“ sei, und was der Schlagworte mehr sind, die der Minister, als gelehriger Schüler des Scharfmacherthums, im Kampfe gegen den „Umsturz“ von sich gab.

Aus seinen Neußerungen ist unzweideutig jedenfalls so viel zu schließen, daß er es als sein erstes Streben bezeichnet, den Eisenbahnarbeitern jede Organisation, die auf Besserung ihrer Lage hinstrebt, illusorisch zu machen. In seinen weiteren Redeergüssen hat er ja auch unumwunden ausgeführt, daß es gelte, den der Generalkommission angeschlossenen Eisenbahnverband, die einzige gewerkschaftliche Eisenbahnorganisation Deutschlands, entschieden zu bekämpfen. Nach der Meinung des Ministers sind Eisenbahnerinteressenorganisationen überhaupt gänzlich überflüssig. Wozu auch solche Organisationen gründen, wo Herr Budde Eisenbahnminister ist, der ja immer ein guter Herrs hatte, was sich im 70er Kriege zeigte; damals hat er ja als Leutnant sogar einem maroden Musikant seinen zu schweren Tornister tragen helfen. Und hat er nicht jüngst fünf einfache schlichte Männer aus dem Eisenbahnervolke neben all den Excellenzen an seine reichbesetzte Tafel zugezogen? Weshalb also Organisationen gründen und zulassen, wo ein Minister am Ruder ist, der Tag und Nacht für seine Untergebenen sorgt!?

Ein großer Theil der Eisenbahner hat sich zu dieser Ueberzeugung von der Ueberflüssigkeit der Organisation noch nicht durchgerungen und, daß das je geschieht, ist wohl kaum

anzunehmen. Mit Recht wird von dieser Seite einer sich so äußernden Fürsorge Mißtrauen entgegengebracht, das in den in dieser Beziehung bisher gemachten Erfahrungen nur allzu begründet ist. Die Eisenbahner sehen ein, daß auch für sie der Grundsatz: „selbst ist der Mann“, der richtigere ist und daß sie in Befolgung desselben weiter kommen, als im Vertrauen auf die schönen Redensarten des Ministers; deshalb halten sie an ihrer Organisation fest, und mag sie noch so verfehmt werden.

Die bürgerlichen Parteien haben dem Minister ob seines scharfmacherischen Programms natürlich zugejubelt. Konservative, Reichsparteiler und Nationalliberale, sehen ja nichts Lieber, als eine Regierung, die unentwegt die Geschäfte der Scharfmacher macht. Ja, sogar das Centrum, das ja im Grunde genommen eine reaktionäre Partei ist, erklärte sich mit dieser Gewaltpolitik des neuen Eisenbahnministers einverstanden. Vergessen waren da die schönen Reden, die noch kurz vorher im Reichstag zum Fenster hinausgehalten worden waren, um das Arbeiterstimmbüch für sich einzunehmen. „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!“ Das ist so Zentrumssacht.

Nur die Freisinnigen protestirten lebhaft gegen die Rechtslosigkeit der Eisenbahner. Daß auch ihre Stellungnahme ehrlicher Ueberzeugung nicht entspringt, wurde ihnen unter Hinweis auf die scharfmacherischen Mäuren der, ach so freisinnigen Unternehmer der westfälischen Klein-eisenindustrie von der „Köln. Ztg.“ bei der Gelegenheit treffend die Nase gerieben.

Am meisten hat Herr Budde mit seinem Knebelungsprogramm natürlich in der Scharfmacherpresse Beifall gefunden; dort ist ja für solche Reden immer ein guter Resonanzboden. Diese Presse geht in der Unterstützung des Herrn Budde sogar so weit, zu behaupten, daß für Eisenbahner ein Koalitionsrecht nicht existire, da nach § 6 der Gewerbeordnung Eisenbahnunternehmungen ausdrücklich als außerhalb der Gewerbeordnung stehend bezeichnet werden, und somit auch der § 152 der Gewerbeordnung auf die Eisenbahner keine Anwendung finden könne. Mit Recht weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß die Eisenbahner nach Artikel 30 der preussischen Verfassung unter allen Umständen das Recht der Koalition haben, das zudem noch nicht einmal, wie bei den gewerblichen Arbeitern, durch den § 153 der Gewerbeordnung verkümmert ist. Nur Scharfmacherignoranz kann dieses Recht leugnen. — — —

Auch im württembergischen Landtag ist es zu einer Koalitionsrechtsdebatte gekommen. Angesichts der in letzter Zeit wiederholt von Unternehmern und Behörden erfolgten Angriffe gegen das Koalitionsrecht, namentlich infolge des Verhaltens der Stuttgarter Straßengehelfenschaft, die ihren Angestellten kategorisch das Koalitionsrecht unterjagt, hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion die württembergische Regierung darüber interpellirt, was sie zur besseren Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu thun gedenke. Die Interpellation, die von unserem Kollegen Feil recht wirksam vertreten wurde, gab dem württembergischen Ministerpräsidenten Anlaß zu der Erklärung, daß seine Regierung nicht in der Lage sei, im Sinne der Anfrage für eine Ergänzung der Gewerbeordnung einzutreten, denn dadurch würde ein ungerechtfertigter Eingriff in das Privatrecht nötig, das heute die Zulässigkeit von Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht ausschließt. Dem „Recht“ der Führung schwarzer Listen stehe auf Seiten der Arbeiter das Recht



der Absperrung des Zugzugs und dem „Recht“ des Koalitionsverbots das Recht der Einwirkung auf Nebenarbeiter zur Herbeiführung des Ausstandes gegenüber. Die Regierung wolle in diese Gleichheit der rechtlichen Stellung des Arbeiters und des Unternehmers nicht einseitig eingreifen. Der Ministerpräsident vertrat weiter den Standpunkt, daß der Unternehmer „Herr im Hause“ sein müsse. Ähnlich der Minister v. Pischel, der ja im Straßenbahnerstreik für das Koalitionsrecht der Straßenbahner eingetreten war und dafür von allen Sozialpolitikern der „mittleren Linie“ über alle Maßen belobt wurde; er trat seinem Ministerpräsidenten bei. „Unter gewöhnlichen Verhältnissen“ halte er es für unbillig, wenn der Unternehmer den Arbeiter von der Organisation fernhalte. Trotzdem stehe er auf dem Boden der von Breitel verlesenen Erklärung, weil die Forderungen der Interpellation nicht erfüllbar seien. Einen Vertrag, wonach der Arbeiter einer bestimmten Koalition nicht beitreten dürfe, halte er nicht für billig, aber auch nicht für rechtlich zulässig. Er gebe zu, daß in wirtschaftlicher Beziehung Arbeiter und Arbeitgeber nicht ganz gleichgestellt seien, aber ein großer Verband habe doch großen Einfluß auf den Arbeitgeber.

Auch hier nahmen die bürgerlichen Abgeordneten eine recht klägliche Haltung ein, insbesondere die Zentrumleute, die im Reichstage den Mund gar voll nehmen, wenn die Sicherung des Koalitionsrechtes zur Erörterung steht, versagten hier vollständig. Ebenso die Volksparteiler. Nur die Sozialdemokraten traten rüchhaltlos für einen weitgehenden Schutz des Koalitionsrechtes ein.

Das Ergebnis der Debatte war die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der von der Regierung ein Eintreten für den Schutz des Koalitionsrechtes im Sinne der Interpellation forderte — für ihn stimmten nur die Sozialdemokraten — und die Annahme eines ziemlich inhaltlos vagen Antrages, für den auch das Zentrum stimmte. Immerhin, für den Landtag in seiner Mehrheit das Bedürfnis eines Schutzes des Koalitionsrechtes anerkennen müssen, wenn er auch Thesen zur Herbeiführung eines solchen Schutzes nicht hat.

In der ganzen Debatte hier wie im preussischen Abgeordnetenhaus interessiert uns aber mehr die Haltung, die von den bürgerlichen Parteien und den Regierungen zum Koalitionsrecht eingenommen wurde. Und da ist es unsere feste Ueberzeugung, daß dieses Alles immerhin Klärend gewirkt hat; denn selbst dem dümmsten Arbeiter muß es klar geworden sein, daß es nicht arbeitervreundliche Absichten sind, welche die Männer der Regierung und der bürgerlichen Parteien leiten.

Die Regierungen werden immer als die Vollziehungsausschüsse der herrschenden Massen bezeichnet, und sie bemühen sich, es zu sein. Auch in diesen Debatten mochte es das leitende Motiv der betreffenden Regierungsmänner sein, es den tonangebenden Unternehmern und ihren Vereinigungen im Scharfmachen gleich zu thun. Ob sie sich damit aber den Dank der Scharfmacher verdienen haben, dürfte sehr die Frage sein, denn es ist nicht angenehm, so zu einem Scharfmachertätigen auf das Glatteis geführt zu werden. Da gleitet man zu leicht aus und enthüllt dabei gar zu sehr seine Blößen. Und der Arbeiter wird dann gar zu fühlbar mit der Nase darauf gestoßen, daß die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien eitel Schwindel ist, dazu da, um die Scharfmacherischen Blößen zu verdecken.

Es hat etwas für sich, wenn die „Arbeiterfreunde“ einmal aus der Rolle fallen.

**Das Prämienlohnsystem und die Gewerkschaften.**

Nach unseren Ausführungen, die wir über das Prämienlohnsystem gemacht haben\*), dürfte es ohne Weiteres jedem Kollegen einleuchten, daß es Aufgabe der Gewerkschaften und somit auch unseres Verbandes sein muß, dieses ungerechteste aller Lohnsysteme mit Nachdruck zu bekämpfen. Vorlesungen zu treffen, daß es in Deutschland überhaupt nicht Eingang findet. Und ist auch das Prämienlohnsystem in dem einzigen deutschen Holzindustriebetrieb, wo es Eingang gefunden hat, mittlerweile wieder abgeschafft worden\*\*), so erübrigt sich, angesichts der bekannten Neigungen des Scharfmacherthums für dasselbe, doch keineswegs eine gründliche Erörterung dieser Frage seitens der Gewerkschaften. Es gilt, bei Zeiten das Für und Wider zu erörtern, um die Kollegen auch in puncto des amerikanischen Prämienlohnsystems urtheilfähig zu machen.

Um die Nachteile dieses Systems gründlich zu erörtern, ist es nicht nur die Ungerechtheit desselben, die uns dagegen entschieden Stellung nehmen läßt: Neben der enormen wirtschaftlichen Benachtheiligung, die es für den Arbeiter im Gefolge hat, ist seine, die Arbeiterschaft demoralisierende Wirkung für unsere Gegnerschaft gegen dasselbe maßgeblich gewesen. Edward

Bernstein hat in seinen Arbeiten über dieses Lohnsystem genügend Beispiele dafür erbracht, wie demoralisierend der Prämienlohn in einigen amerikanischen und englischen Betrieben unter den Arbeitern schon gewirkt hat. So ist aus den Werken der Midvale Steel Compagny in Philadelphia, wo das Differenzial-Stücklohnsystem (eine Art des Prämienlohnsystems) Eingang gefunden hat, zu berichten:

„Alle die besten Arbeiter der Gesellschaft sahen deutlich ein, daß der Erfolg einer Arbeiterorganisation die Verringerung ihrer Löhne im Interesse der Erhöhung der Löhne der schlechteren Arbeiter bedeutete, und waren daher selbstverständlich (1) nicht zum Anschluß an die Organisation (der Arbeiter) zu bewegen.“

Mit anderen Worten heißt das, sagt Bernstein, das Differenzial-Stücklohnsystem hat einen Keil zwischen die Arbeiter getrieben und infolgedessen hat die Firma, die es einführt, nichts von den Umständen verspürt, die während der fünfzehn Jahre in der amerikanischen Stahlindustrie gespielt haben.

Wie sehr dieses System die Arbeitersolidarität schwächt, mögen noch folgende Wahrnehmungen bekunden: „Der große Vortheil des Differenzial-Stücklohnsystems ist, daß es sehr schnell alle weniger guten Arbeiter abstößt und diejenigen Leute anzieht, die für die betreffende Arbeit am besten geeignet sind.“ Und weiter: „Das Differenzial-Tariffsystem hat nicht den Zweck, den Arbeiter zur Ueberspannung seiner Kräfte zu zwingen, sondern den, eine „natürliche Auslese“ zu ermöglichen, wodurch sich Leute nach und nach selbst zu Arbeiten ausscheiden, für die sie durch Natur und Ausbildung am besten geeignet sind.“ Ähnlich werden, vom Unternehmerstandpunkt, die Vorzüge eines anderen Prämienystems, des Galsch'schen Prämienystems, geschildert: „Ich glaube, daß für das Durchschnittsgeschäft, das mit niedriger Profitrate arbeitet, der beste Plan der ist, der am schnellsten den langsamen Arbeiter ausmerzt.“ Und im Bericht über das Good-Tellow-System heißt es, daß in den ersten Monaten nach Einführung des Systems in den Thames Stromwerken „zwischen 300 bis 400 Arbeiter der verschiedenen Berufsgruppen auf Verlangen der Kameradschaften selbst aus der Arbeit entlassen wurden.“ Aus demselben Großbetrieb wird mitgeteilt, daß während der ersten Zeit bei Berechnung der von den verschiedenen Mitgliedern der Kameradschaft der Bohrer (das System bedingt Gruppenarbeit) verdienten Bonus (Prämie) für eine Anzahl der leistungsfähigsten Bohrer ein höherer Lohnsatz als ihr wirklicher unterstellt wurde, um sie für die Zusammenkuppelung mit sehr viel weniger leistungsfähigen Arbeitern schadlos zu halten. „Es fand sich aber, daß die Bohrer nach und nach die wenigsten leistungsfähigen Mitglieder des Berufes selbst ausmerzten, indem sie vom Werkführer ihre Entlassung verlangten, so daß schließlich nur wenig Unterschied zwischen Bohrer und Bohrer in Bezug auf Leistungsfähigkeit bestand.“ Die Bevorzugung verschiedener leistungsfähiger Arbeiter war damit überflüssig geworden. Es wird in diesem Bericht übrigens ausdrücklich erklärt, daß jetzt kein Bohrer mehr behalten wird, „der nicht erheblich mehr verdienen kann als seinen Zeitlohn. Kann er dies nicht, so verlangen . . . seine Kollegen seine Entlassung, und diesem Verlangen wird keine Weigerung entgegengesetzt.“

Diese Beispiele dürften genügen, um der organisierten Arbeiterschaft ein Recht zu geben, gegen dieses Lohnsystem so untrouisch wie nur möglich zu sein und mit allen Mitteln gegen seine Einführung anzukämpfen. Für die deutsche organisierte Arbeiterschaft kann ein System nicht akzeptabel erscheinen, das den Arbeiter zum erbittertesten Feinde seines Bruders macht. Die Grundsätze unserer Organisationen lassen es nicht anders zu, als daß sie eine Unterstützung des Schwächeren durch den Stärkeren gewissermaßen vermitteln. Vom rein menschlichen Standpunkt ist das geboten, aber auch die Selbsterhaltung zwingt die leistungsfähigsten Arbeiter, für die weniger leistungsfähigen einzutreten. Denn es ist ja bekannt, daß gerade die schwächeren Arbeiter es sind, die mangels genügenden organisatorischen Schutzes zu jenen „Arbeitswilligen“ und Lohndrückern werden, die dem organisatorischen Wirken noch immer verhängnisvoll geworden sind. Ein Lohnsystem, das dieser Fürsorge für die schwächeren Arbeiter entgegenarbeitet, tötet den moralischen Lebensnerv einer Arbeiterorganisation und führt zu einer treibhausmäßigen Züchtung des Arbeitswilligenthums. Und Beides ist vom Uebel.

Das Prämienlohnsystem entfremdet, wie wir oben gesehen haben, aber auch die „tüchtigen Arbeiter“ — die übrigens gleich sein dürften den uns deutschen Arbeitern hinlänglich bekannten Akkordschustern — der Organisation. Eine Begleitercheinung, die es uns gewiß nicht schmachhafter machen wird. Wir haben in Deutschland schon jetzt mit dem Indifferentismus sowohl der „ganz tüchtigen“ wie auch der schwächsten Arbeiter sehr zu rechnen, und uns kann deshalb nicht darnach gelüsten, diese organisatorischen Gemmisie noch zu stärken und zu vermehren. Wie wir die Sache denn auch beurtheilen, wir können nur zu einem entschieden abweisenden Urtheil über dieses Lohnsystem kommen, und es

folgt aus all den Betrachtungen, daß es für uns nur einen Weg geben kann, den der entschiedensten Abweisung dieses Systems.

In England ist die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere die Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer, bereits zu einer umfassenden Stellungnahme zu diesem System genöthigt worden, das man Jahre lang bekämpft hat. Und zwar ist von dieser Gewerkschaft nunmehr der Grundsatz aufgestellt worden, daß man mit dem Prämienlohnssystem einen ehrlichen Versuch, „eine rechtichaffene und ehrliche Probe“ machen wolle, doch solle bei Einführung desselben Voraussetzung sein, daß Zeitlohn und alle Preisaufschläge für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, sowie die Aufrechterhaltung der bestehenden Preise für die Arbeiten u. A. garantiert werde. Sidney Webb, der Mitverfasser des großen Werkes über die Geschichte, „Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine“, hat den Vorstand der Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer zu dieser seiner Haltung hierauf beglückwünscht. Er bezeichnete die Gesichtspunkte, nach denen dieser Gewerksvereinsvorstand sich bei dieser seiner Stellungnahme hat leiten lassen, als fortschrittliche. Deutete aber weiter an, daß allerdings für die Zulassung des Prämienlohnsystems wie jeder Stücklohnzahlung in der Industrie gefordert werden müßte: Anerkennung der Gewerkschaft als Vertreterin der Arbeiter bei Normierung der Tariffätze, Verbürgung des von der Gewerkschaft anerkannten Normalzeitlohnes als Mindestlohn bei Stück- oder Prämienarbeit, und Stetigkeit der Tariffätze bei gleichbleibenden technischen Vorbedingungen der Arbeit.

Unsere Meinung ist die, daß bei einer Aenderung des Entlohnungssystems, wenn sie im Interesse des Produktionsfortschrittes unvermeidlich ist, jedenfalls nicht von einer Einführung der Prämien- anstatt der Zeitlohnarbeit gesprochen werden kann. Dann eher noch die Stücklohnarbeit. Denn stellen Webb und Bernstein den Grundsatz auf, daß auch bei Einführung der Prämienlohnarbeit Vorbedingungen sein sollen starke Organisationen, Anerkennung derselben und ausschließliche Zulassung von Tarifen, die durch dieselben und unter Voraussetzung der Garantie der üblichen Zeitlöhne und Stetigkeit der Tariffätze abgeschlossen sind, so wäre doch dem entgegenzuhalten, daß sich unter solchen Voraussetzungen bei Weitem idealere Lohnverhältnisse schaffen lassen unter Anwendung des Stücklohnsystems. Wenn schon, denn schon die Stückarbeit, die nicht mehr der Mühen und Liden hat als die Prämienlohnarbeit, den Arbeiter aber wenigstens besseren Lohn giebt als diese. Im Uebrigen halten wir es immer noch mit der Meinung Barnes, des Sekretärs der Vereinigten Maschinenbauer, die er vor 5 Jahren bekundete, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine andere Wahl haben, „als diese einladenden und fein erdachten Systeme, wo immer möglich, in Beruf zu bringen und unsere alte Methode eines Normallohnes bis zu der Zeit aufrecht zu erhalten, wo in unserer Industrie ein Prinzip der Genossenschaftlichkeit anerkannt ist, das Jedem den vollen Genuß des Produkts seiner Arbeit sichert.“

Zur Lektüre über diese Frage empfehlen wir den Kollegen folgende Schriften:

Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 17. Bd., Seite 308. Ed. Bernstein. Einige Reformversuche im Lohnsystem.

Sozialistische Monatshefte, 1902. 2. Bd., Seite 915. Ed. Bernstein, das Prämienlohnssystem und die Arbeiter.

Neue Zeit, 20. Jahrg., 2. Bd., Seite 88. W. Braun. Ein Ausbau des Akkordlohnsystems.

**Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der chirurgischen Hartgummibranche.**

Im vorigen Jahre wurde der unterzeichnete Vorstand wiederholt und von mehreren Seiten aufgefordert, eine statistische Umfrage zu veranstalten, um über die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der chirurgischen Branche beschäftigten Kollegen einige Klarheit zu schaffen. Besonders waren es die in dieser Branche thätigen Kollegen in Kassel, welche diese Umfrage angeregt, um einen klaren Ueberblick über die bestehenden Verhältnisse zu gewinnen, mit anderen Städten, in welchen die chirurgische Branche vertreten, in Fühlung zu kommen und so die Möglichkeit zu schaffen, eine Verständigung über die gemeinsamen Interessen anzubahnen. Durch Beschluß des Vorstandes wurde diesem Wunsche entsprochen und im November v. J. entsprechende Fragebogen an die in Betracht kommenden Zahlstellen des Verbandes versandt.

Leider müssen wir uns auch in diesem Falle, ähnlich wie bei der früheren Spezialerhebung für die Korbmacher, darüber beklagen, daß die beteiligten Kollegentreife den Bemühungen des Vorstandes keineswegs die nöthige Unterstützung geleistet haben. Unsere wiederholten Aufforderungen in der Zeitung mit Theilnahme von Adressen, blieben nahezu unbeachtet und als wir den Entwurf eines Fragebogens zur Begutachtung an alle bekannten Adressen versandt hatten, ging uns darauf nur eine einzige Antwort zu.

Aus der Reihe von Schwierigkeiten, welche dem Gelingen der Erhebung weiter entgegenstanden, ist ferner noch hervorzuheben, daß in Berlin, woselbst die Kollegen dieser Branche nicht im Holzarbeiterverband, sondern im Metall-

\*) Siehe den Artikel: „Ein neues Lohnsystem“, in Nr. 7 dieses Jahrganges.  
\*\*) Bei der Firma W. J. in Hamburg ist vor 14 Tagen das Prämienlohnssystem wieder abgeschafft worden.



arbeiterverband organisiert sind, von letzterem gerade kurz vorher eine allgemeine Statistik veranstaltet war, so daß davon abgesehen werden mußte, dieselben nach so kurzer Zeit durch Ausgabe unserer Fragebogen zu wiederholen. Trotzdem ist es uns möglich, und zwar durch freundliches Entgegenkommen der Sektionsleitung der chirurgischen Branche, über die wichtigsten Fragen auch aus Berlin in unserer nachfolgenden Zusammenstellung berichten zu können.

Außer aus den in unserer Tabelle I aufgeführten Städten sind uns noch aus einigen anderen Städten ausgefüllte Fragebogen zurückgeliefert worden, welche jedoch ausgeschieden werden mußten, weil die fraglichen Betriebe nicht der für die Statistik allein in Betracht kommenden „chirurgischen Hartgummibranche“ zugezählt werden konnten. Allerdings hat die Statistik nun ergeben, daß die Bezeichnung „Hartgummibranche“ keineswegs richtig gewählt war, da die Mehrzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter zumeist Metall bearbeiten. Daß ferner auch die Hartgummidrehler des Oesteren Messing und andere Metallsorten zu drehen haben, sei noch nebenbei bemerkt.

Tabelle I.

Table with 13 columns: City, Total employees, Male employees, Female employees, Youth employees, Rubber workers, Metal workers, Work type (Strength/Hand), Organized status, and Wage type (Daily/Wage/Retirement). Rows include Berlin, Cassel, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Stuttgart, Weissenfels, and a Summation row.

Bezüglich der in Tabelle I angeführten Zahl der in den beteiligten Betrieben beschäftigten Personen muß zur Erläuterung bemerkt werden, daß es sich theilweise um Betriebe handelt, in welchen der Hartgummi als Rohmaterial hergestellt und außerdem auch Weichgummifabrikate gefertigt werden. Dies gilt besonders für Leipzig und ist die von dort berichtete große Zahl weiblicher Arbeitskräfte allein aus dieser Thatsache zu erklären. Die Anfertigung chirurgischer Instrumente bildet in diesen Betrieben also nicht den alleinigen Fabrikationszweig, wie dies andererseits z. B. für Cassel zutrifft. Außer Leipzig kommen noch Berlin und Hamburg mit solchen Betrieben in Frage; von Hamburg ist der Betrieb einer großen Gummimaarenfabrik beteiligt, in welcher circa 1000 Personen beschäftigt sind, davon jedoch nur vier Drehler auf chirurgische Instrumente. Aus diesem Grunde, und weil in dem Fragebogen auch die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht genau angegeben werden konnte, haben wir in diesem Falle die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen aus dieser Fabrik nicht mit aufnehmen können.

In Berlin und Karlsruhe arbeitet die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten auf Metall, in Cassel, Hamburg und Stuttgart halten die Hartgummi- und Metallbranche sich annähernd die Waage, während in Hannover, Leipzig und Weissenfels die Hartgummibranche dominiert.

Von den insgesamt beteiligten 32 Fabrikbetrieben arbeiten 29 mit Kraftbetrieb, 3 nur mit Fußbetrieb, während in 4 auch neben dem Kraftbetrieb noch der Fußbetrieb beibehalten ist.

Die nächste Rubrik der Tabelle zeigt mit großer Deutlichkeit, an welchem Punkt zunächst der Hebel angefaßt werden muß, wenn die Branchenkollegen den vorhandenen Missetänden auf den Leib rücken wollen. Denn das Organisationsverhältnis in dieser Branche kann gewiß nicht als befriedigend gelten. Wenn auch richtig sein mag, daß die Organisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Falle durch das Fehlen einer einheitlichen Organisation erschwert ist, weil die Metallmacher z. B. vom Metallarbeiterverband, die Mehrzahl der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen vom Fabrikarbeiterverband reklamirt werden und nur die Drehler dem Holzarbeiterverband zuneigen, so bildet dieser Umstand aber doch kein Hinderniß für die Zugehörigkeit zur Organisation überhaupt. Die gleichen Verhältnisse finden sich in vielen anderen Branchen, in denen die verschiedensten Berufsarbeiter zusammen arbeiten und jeder seiner eigenen Berufsorganisation angehört, ohne daß dadurch ein gemeinsames Handeln unmöglich oder auch nur erschwert wäre. So dürfte auch im vorliegenden Falle der Hinweis auf die mangelnde „einheitliche“ Organisation nur ein Vorwand sein, um der Organisationspflicht überhaupt aus dem Wege zu gehen, wogegen die aufgeklärten Kollegen der Branche mit der nötigen Energie anzukämpfen haben werden.

Tabelle II.

Table with 6 columns: City, Total employees, Working hours per week, and Weekly wage (lowest, highest, average). Rows include Berlin, Cassel, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Stuttgart, and Weissenfels.

Bezüglich der Lohnberechnung erweist die Statistik, daß das Akkordsystem bei Weitem überwiegt. Nur in neun Betrieben ist reine Lohnarbeit vorhanden, während in den übrigen 23 ausschließlich oder doch vorwiegend in Akkord gearbeitet wird.

In Tabelle II sind die Arbeitszeit und der Wochenverdienst der Arbeiter in den einzelnen Werkstätten in ihren verschiedenen Abteilungen zusammengestellt und dürfte diese Tabelle für die interessirten Kollegenkreise die werthvollste Ausbeute der Statistik darstellen. Sieht sie ihnen doch zum ersten Male eine genaue Uebersicht über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit in den verschiedenen Städten und Betrieben. Allerdings liegt bereits eine frühere Statistik vor, diejenige der Vereinigung der Drehler Deutschlands für das Jahr 1890. In derselben sind jedoch die Verhältnisse der Gummidrehler nur für die Städte Berlin, Hamburg und Leipzig spezialisirte aufgeführt und betrug damals der Durchschnitt des Lohnes und der Arbeitszeit in Berlin 24 Wochenverdienst bei 54stündiger Arbeitszeit, in Hamburg 22,36 Wochenverdienst bei 59stündiger Arbeitszeit, in Leipzig 21,16 Wochenverdienst bei 59stündiger Arbeitszeit. Vergleichen wir hiermit das Ergebnis in der heutigen Tabelle, so ist zu konstatieren, daß in allen drei Städten der durchschnittliche Wochenverdienst seit 1890 um circa 3 gestiegen ist, ein Gewinn, der allerdings durch die inzwischen eingetretene Vertheuerung der gesammten Lebensunterhaltungskosten mindestens aufgewogen ist.

Von allen beteiligten Städten weist auch diesmal Berlin die höchsten Wochenlöhne auf. An zweiter Stelle folgt Hamburg, dann Leipzig, Karlsruhe, Stuttgart, Hannover und Weissenfels, während Cassel an letzter Stelle rangirt. Dagegen hat Cassel neben Berlin die kürzeste Arbeitszeit, nämlich den Neunfundentag, während in Leipzig mit Ausnahme eines Betriebes noch der Zehnfundentag und damit von allen Städten die längste Arbeitszeit besteht.

Aus der ersten Rubrik der Tabelle II ist auch die Größe der Betriebe im Einzelnen zu ersehen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, was wir oben bezüglich der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereits ausgeführt haben.

Der gemachte Versuch, die Art der Fabrikationsgegenstände in den einzelnen Städten und die gezahlten Akkordpreise festzustellen, um die Resultate vergleichsweise zu verwerthen, muß als völlig gescheitert angesehen werden, was auch kaum anders zu erwarten war. Die meisten Fragebogen enthalten diesbezüglich die Bemerkung, daß nähere Angaben hierüber ganz unmöglich seien wegen der großen Verschiedenartigkeit der Fabrikate einerseits und der Produktionsmethode andererseits. Aus dem gleichen Grunde muß es auch völlig zwecklos erscheinen, die wenigen gemachten Angaben etwa zu veröffentlichen, weil jede einzelne derselben umfangreicher Erläuterungen bedürfte, ohne daß selbst dadurch ein brauchbares Resultat sich ergeben würde.

Die weitere Frage, ob die Hartgummipressungen in der Fabrik selbst hergestellt werden, ist in Berlin nur für eine Fabrik bejaht. Cassel bezieht alle Pressungen von auswärts, und zwar von Garburg und Mannheim. In Hamburg fertigen zwei Fabriken die Pressungen selbst, ebenso die Fabrik in Hannover und drei Fabriken in Leipzig. In allen übrigen Fällen werden die Pressungen bezogen, und zwar zumeist von Garburg und Mannheim.

Fälle, daß nicht alle Beschäftigten in der Fabrik selbst, sondern als Heimarbeiter in eigener Wohnung arbeiten, sind nur ganz vereinzelt angegeben, nämlich von Cassel drei Arbeiter, welche „zeitweilig“ daheim beschäftigt werden, ferner von Berlin zwei, von Hamburg drei und von Leipzig fünf Heimarbeiter. Die Hälfte, daß einzelne Arbeiter aus der Fabrik Arbeit für die Feierabendstunden mit nach Hause nehmen, wird aus Cassel in zwei Fällen, aus Leipzig, Stuttgart und Weissenfels in je einem Falle berichtet. Daß die Arbeiter das Werkzeug theilweise selbst stellen müssen, wird aus nicht einer Werkstätte gemeldet, wohl aber ist es gebräuchlich, daß das Kleinwerkzeug, als Drehstühle Bohrer, Fraiser, Wolzen z. B. vom Arbeiter selbst angefertigt werden muß. Der Fabrikant liefert wohl das Material hierzu, zahlt aber für die Anfertigung keinerlei Vergütung.

Die Lohnzahlung erfolgt nur in Karlsruhe alle 14 Tage, in allen übrigen Städten jede Woche.

Indem wir das Ergebnis der Umfrage den Kollegen hiermit unterbreiten, sprechen wir die Erwartung aus, daß die Mitglieder hierin einen Beweis des Interesses erblicken mögen, welches unser Verband den Angehörigen auch des kleinsten Berufes entgegenbringt.

Andererseits aber kann keine Branche verlangen, daß der Verband sie vor den anderen bevorzugt, und vor allen Dingen müssen die Angehörigen jeder Branche die Verpflichtung zur eigenen, eifrigen Mitarbeit anerkennen. Die Kollegen der chirurgischen Branche haben mit der zahlenmäßigen Feststellung der derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den

in Betracht kommenden Städten den ersten Schritt gethan. Mögen sie nun aus den ermittelten Resultaten die Lehre für ihr weiteres Verhalten ziehen und die sich ihnen auflagernden Pflichten mit ernstem Willen zu erfüllen trachten. Stuttgart, 20. Februar 1903.

Der Vorstandsvorstand.

Der christliche Gewerbeverein der Landarbeiter Deutschlands. \*)

Zwar ist er nicht da, aber gerade weil es halt er nicht lebt, das zu berichten dünkt uns recht lehrsam.

Die Landarbeiter-Gewerkschaft ultramontaner Prägung hat nämlich ihre hochpolitische Geschicklichkeit, obwohl der Wechselbalg nicht geboren ist. Seine Geburtsverkündigung fällt zusammen mit dem heißen Bemühen des Zentrums, die christlichen Gewerbevereine ohne Scheuklappen vor den Wagen des Zollwuchers zu spannen. Befamntlich war dies der ursprüngliche Plan. Um ihn plausibel zu machen, propagirte das Organ des „Brotwuchervereins“ für das katholische Deutschland, „Sich W. = Gladbach“, mit heißem Bemühen die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, wobei garricht uneben argumentirt wurde:

„Die Lage der Landarbeiter ist eine schlechte; wird der Schutzvoll perfekt und die Landwirtschaft prosperirt wieder, so kann auch der Landarbeiter mittelst seiner Berufsorganisation sozial besser gestellt werden. Infolgedessen ist die Landflucht eingeschränkt, die Industrien werden weniger Arbeiterangebot haben, dadurch steigt auch hier der Lohn und so hat die Follerhöhung auf Landwirthschaftliche Produkte auch den Industriearbeitern geholfen.“

In der That, man braucht nur die Prämisse — Hebung des Bauernstandes durch den Zollschutz — zuzugeben und die Folgerung ist einleuchtend. Für die Herren vom Brotwucherszentrum galt und gilt die Prämisse als richtig (wenigstens thut man so) und es konnte nicht fehlen, daß mancher Industriearbeiter durch die Sendboten aus M. = Gladbach überzeugt wurde, er habe aus Klassen-solidarität dem Zöllnwucher freundlich gegenüber zu stehen; bei Lichte besehen, brähte er dem Industrie-Proletariat sogar bedeutende Vortheile. Scherz allerdings wollte das in die meisten Schädel hinein, viele sind für immer unerleuchtet geblieben; herzbrechend klagte die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ über ihre undankbare Aufgabe.

Um diese Zeit war die „ungewerkschaftliche Natur der Zolldebatte“ noch nicht ermittelt, sondern die christliche Gewerkschafts-Presse veröffentlichte munter Artikel für die „mäßige Follerhöhung“, gegen die „jüdisch-freimüthigen Bauernfeinde“ und die „Sozialisten“. Noch war im Direktorium des Brotwuchervereins nicht die Erkenntniß von der Gefährlichkeit solcher Agitation durchgedrungen. Da erhob sich der christliche Metallarbeiterverband gegen die Zölle, ihm nach zahlreich christliche Arbeiterversammlungen am Niederrhein; je mehr Argumente für den Zoll aus M. = Gladbach exportirt wurden, um so größer ward der Aufruhr gegen die „Agenten der Agrarier“, wie Herr Giesberts von christlichen Gewerbevereineren genannt wurde. Und auf einmal fand man den ungewerkschaftlichen Bazillus — die Zolldebatte wurde „participalisch“ getauft. Monate lang hatte man sich also in einem bösen Irrthum befunden, die bombensicher neutralen christlichen Gewerbevereine hatten sich lebhaft in die Zolldebatte gestürzt, wo doch die ganze Geschichte die politischen Parteien allein anging. Gott sei Dank, daß noch rechtzeitig der schmale Tugendpfad wieder gefunden wurde. Wir Gottverlassenen standen da und amüsirten uns.

Alles was recht ist, die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter wurde von der „Zentralstelle“ noch zielbewußt weiter verfolgt. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Wochenorgan des Brotwuchervereins, brachte eine ganze Serie Artikel über die bejahte Vereinsbildung. In der Halbmonats-Ausgabe der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, den „Mittheilungen für die christlichen Gewerbevereine“, fand die Idee selbstverständlich Billigung.

Nicht damit einverstanden war aber (und ist) das Organ des ultramontanen rheinischen Bauernbundes, die „Rheinische Volksstimme“. Trotz eines Stumm und eines oßelbischen Junkers fiel das katholische Bauernblatt wüthend über die noch garnicht gegründete Landarbeiter-Gewerkschaft her und bemies schlagend, daß man gerade so gut dem Bauern den rothen Hahn auf das Dach setzen könne, wie das „Gesinde“ organisiren.

Auf diese Ausbrüche der unversäljchten Merkale „Volksseele“ muckte die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ zwar etwas, aber als die Artikelserie zu Ende, da stand der Landarbeiter-Gewerbeverein, der, mit mehrendem Haar revolutionäre Lieder singend, herangezogen, als eine durchaus lendenlamme, sich den „eigenthümlichen Verhältnissen anpassen“, in Gemeinschaft mit den Arbeitergebern „vorgehende“ Austerorganisation vor uns. Das war doch genial?

Wenn verlangt, bringen wir aus älterer und neuerer Zeit einen ganzen Sad voll Citate aus der „christlichen Presse“, daraus hervorgeht, daß man dort recht gut weiß, wie die Unternehmer nur durch Macht der Arbeiterorganisation KonzeSSIONen machen, freiwillig keinen Cent geben. Einer Versammlung wohnten wir bei, wo ein M. = Gladbacher folgerichtig sich auch für die landwirthschaftlichen Arbeiter nur durch Macht der Gewerkschaft soziale Hebung versprach. Die Erfahrung lehrt, daß gerade die agrarischen Geldbeutel gegenüber den Arbeitern am zugewöpnftesten sind. Also eine Gewerkschaft der Landarbeiter her! Ist sie nicht vorhanden, wird der agrarische Arbeitgeber den Zöllnwucher heran schleudern, „seine“ Arbeiter gehen leer aus, und der einzige plausible Grund für die Industriearbeiter, sich mit der Zöllner auszusöhnen, fällt weg. Wir meinen das ist klar.

Wollten nun die Macher der christlichen Gewerbevereine wirklich „gegenseitige Hilfe der Berufsstände“, so dürften sie unter keinen Umständen von der gewerkschaftlichen Landarbeiter-Organisation ablassen. Sie mußten ihre Gütleistung beim Zöllnwucher abhängig machen von dem

\*) Wir entnehmen diesen recht lehrreichen Artikel dem „Correspondenzblatt“ Nr. 6 dieses Jahrganges.



vorherigen Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter! Denn die M.-Glabbacher schreiben ja selbst: „Ohne Organisation keine Erfolge.“ Ganz recht, also: Ohne Landarbeiterorganisation schludert der agrarische Unternehmer den Hohnen allein!

Wir wissen heute, daß die Gewerkschaftsmacher die unentwegt für den Hohnwucher agitieren, augenblicklich dabei sind, die Wählermassen einzufleischen, aber nicht einmal den Versuch zu machen, die ausschlaggebende Zentrumsfraktion zur Sicherung des Koalitionsrechtes für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu bestimmen! Im Gegenteil hat kaum ein Organ wütender geschimpft über die „Obstruktion im Reichstage“ als die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die Herr Giesberts zeichnen darf. Kein Blatt hat befremdeter aufgeschubelt, als die Gewaltstreiche der Hohnwucher, wie das genannte. Vom Landarbeiter-Gewerkschaftsverein, Vereinsrecht für das „Gesinde“ und solchen Neben- sächlichkeiten keine Rede mehr. Als der Hohnwucher zu Ende, streckte es sich und verdaute.

Damit ist die Geschichte des christlichen Gewerkschafts der Landarbeiter aber noch nicht zu Ende. Es folgt noch der „offizielle“ Theil.

Nachdem man auf dem 4. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 29. Juni bis 2. Juli 1902 in München, den Hohnwucher Wieberstranguliert, nahm Herr Giesberts das Wort, um zu reden über — die Organisation der ländlichen Arbeiter. Also war sie doch nicht eingefahrt.

Wer sich für Aberwitz und unglückselige Selbst- demaskierung interessiert, der mag das agrarische Referat Giesberts im Protokoll des Kongresses, Seite 68 ff., nachlesen.

Was sagte der Herr, dessen Dienstverhältnis zum Brotwucherverein ja betannt ist? Seite 85: „Eine Organisation der Landarbeiter ist ebenso notwendig und berechtigt, wie die Organisationsbestrebungen (!) anderer Stände. Die bestehenden Koalitionsverbote sind ungerecht und müssen beseitigt werden.“

Dann aber fährt der Mann fort zu erzählen, in eine Landarbeiterorganisation dürfe man nicht „den Gewerkschaftsgedanken und die gewerkschaftsziele übertragen!“ Ein Flugblatt des Christlichen wird zitiert, aber nur ein paar selbstverständliche Sätze. Ein Kompliment wird den (natürlich ultramontanen) Agrariern des Westens und des Südens gemacht, die ihre Arbeiter besser stellen als die (nicht ultramontanen) Ostelbier. Und dann kommt Herr Giesberts mit dem Heilerum: „Gründung von landwirtschaftlichen Arbeitervereinen nach dem Muster unserer konfessionellen Industriearbeitervereine!“

Um diese Verhöhnung der Arbeiter zu verstehen, muß man wie Giesberts die konfessionellen Arbeitervereine kennen, die so sozialpolitisch unfruchtbar sind, daß sogar die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ die „Tätigkeit“ bitter tabelte. Diese konfessionellen Vereine stemmen sich vielfach notorisch sogar gegen die christlichen Gewerkschaften, was wohl erklärlich ist, wenn man die „geistlichen Präsidien“ kennt. Und diesen sozialpolitisch faulen Organisationen gleiche Gebilde sollen (selbstredend unter geistlicher Leitung) den Landarbeitern gegründet werden; diese total rücksichtslosen Vereinigungen sollen den gewerkschaftlichen Kampf um Standardlohn der Landarbeiter führen bezw. vorbereiten, ein Kampf, der zweifellos nicht zahmer, sondern eher heftiger sein wird, wie der Lohnstreik in der Industrie. Daß Herr Giesberts eine solche grausame Verhöhnung der eicnd dahinlebenden Landarbeiter über die Lippen brachte, zeigt uns, wie tieftraurig es mit dem Manne geworden ist.

Wichtig war auch der Abschluß der Landarbeiter-„Debatte“ in München. Zwei Delegierte brachten Momentbilder aus dem Landarbeiterbasen auf das Tapet, Silber aus dem „besseren“ Süden und Westen, deren ehrbar fromm-katholische Bauernschaft joeben von ihrem Parteigenossen Giesberts gelobt war. Nächsten wird man solche rollenbildrigen Seitensprünge zu vermeiden wissen. Diesmal sprang der firtreffliche Kongreßvorsitzende August Bruß ein und behauptete, „da doch nur Klagen über die ländlichen Verhältnisse vorgebracht würden“, solle man „auf die Debatte verzichten“. Also geschah es auch; ein Uff! der Erleichterung ging durch die anwesenden ländlichen Hochwürden — und es kam ein Vortrag über: Die Geistesbildung der Arbeiter...

Die berufenste Instanz der christlichen Gewerkschaften hat die Landarbeiter-Gewerkschaft aufgegeben; die „katholischen Gewerkschaften“ mit einem „Schutzpatron“ sind dem von dem Agrariertum ausgebeuteten Proletariat bewilligt.

Noch einmal wurde das Gespenst der Landarbeiter-Gewerkschaft zitiert — es war auf dem Katholikentag alias Zentrumsparteitag in Mannheim. Nebenbei gesagt, wer ein Freund von unfreiwilligem Humor, kindlich-naiver Lebensweisheit und heiter-bramarbasirender Selbstverurteilung ist, dem ist die Lektüre der Katholikentagsprotokolle warm zu empfehlen. Wir haben jetzt vier (Dortmund 1896, Bonn 1900, Osnabrück 1901, Mannheim 1902) und schließen uns zu ihnen, wenn das Leben zu fade wird. Nein, August braucht man vor den Geistesworten der Hierakalen nicht zu haben, fröhliche Heiterkeit erwecken sie. Das soll aber kein Schlaftrunk für unsere Freunde sein, denn männiglich weiß, daß dieses Zentrum, das nach Eingekändnis eigener Anhänger nicht einen einzigen Geistesheros dieser Tage zu den Seinigen zählt, dennoch die herrschende Partei in Deutschland ist. Axel Oxenstierna agierte schon unser Zentrum vorans.

Also auf dem Mannheimer Zentrumstag ist es beinahe zu einer Landarbeiterdebatte gekommen. Gut, daß der Präsidient schnell abhiel. Zitiert ist das Gespenst worden im „Sozialen Ausschuß“, einer untagbaren Körperchaft, aus deren Reihen dem Auserwählten aber doch eiliches Summen zudringt. Im „Sozialen Ausschuß“ wurde die Resolution, betreffend „Arbeitslosenunterstützung“, „betrieben“; dabei einschlopfte einem Ueberchristlichen das rasche Wort dem Hegege seiner Zähne: „Recht auf Arbeit giebt es nicht.“ Der Name dieses Unbesonnenen ist dem Protokoll nicht einverleibt, doch vernahmen wir die vertrauliche Kunde, ein bei der Schaffung des Bürgerlichen Ausschusses und der Vergewaltigung der

Hollgegner hervorragend tätiger Zentrumsparlamentarier sei der Verkünder dieses neuen kanonischen Rechts.

Im Plenum brach bei Giesberts der ihm verbliebene Rest des proletarischen Bewußtseins elementar hervor; er theilte den neuen Kanon mit und setzte ihm die Antithese entgegen: „Also hat der Arbeiter das Recht zum Verhüngern.“ Eifriges Schwärmen der Zentrumsgarde, das sich auslöste in „Lebhafte Beifall“, als ein Dr. Stephinger-Kempen als „Vertreter der Landwirtschaft“ das agrarische Klagegedicht sang. Die Giesberts'sche Resolution wurde verstimmt und widersinnig gemacht durch einen agrarischen Nothschrei-Antrag und dann angenommen. Für die Giesberts'sche Fassung stimmte „fast Niemand“ (Seite 456 des Protokolls), damit war in eine Resolution für Arbeitslosenunterstützung der Hohnwucher hineingebracht.

Das Interessanteste ist aber, was an der ursprünglichen Giesberts'schen Resolution geändert ist. Zunächst wurde aus ihr das Wort „schaffen“ (Institution für Arbeitslosenversicherung) gestrichen und durch „anzustreben“ ersetzt. Man sieht auch hier: Der Pelz wird gemacht, ohne ihn naß zu machen. Hingegen ist der agrarische Zusatzantrag bestimmt gehalten; er verlangt „Mithilfe der traurigen Lage der Landwirtschaft usw.“ So handelt die „alle Stände gleich umfassende“ Zentrumsparlei.

Noch interessanter ist eine ander. Streichung. Es ist die Rede von der Kinderarbeit, die bekanntlich in der Landwirtschaft besonders stark grassiert. Herr Lehrer Ughad hat darüber höchwichtiges Material beigebracht. Wie die Frauen, so ist noch mehr die Kinderarbeit ein Mittel zum Herabdrücken der Löhne, auch der Landarbeiter. Da war also ein wunder Punkt gestroffen, es konnte wenigstens der Versuch gemacht werden, von den „sozialgesinnten Männern aller Stände“ (Protokoll des Münchener Gewerkschaftskongresses Seite 88), der Landarbeiterchaft etwas zu helfen. Wir gestehen, Giesberts hat in seiner Resolution Anläufe dazu gemacht und sich recht gut in das Willien des von nicht weniger als 810 Geistlichen, 125 Lehrern und Rektoren, 74 Parlamentariern usw. besuchten Zentrumstages geschickt. Giesberts hatte begründet (Seite 446 ff. u. a. O.):

„Die überhandnehmende Kinderarbeit birgt naturnotwendig eine große Gefahr für das Gesamtwohl in sich, indem von einer ordnungsmäßigen Schulbildung (!) und religiös-sittlichen Erziehung (!) bei diesen durch lange Arbeit erschöpften Kindern keine Rede sein kann.“ Und nun liebwerther Leser höre, staune aber nicht: Dieser Satz wurde vom Sozialen Ausschuß gestrichen!!!

Staune nicht, Leser, denn Schulbildung hat der Teufel erfunden, daß aber die religiös-sittliche Erziehung in zweiter, die kapitalistische Ausbeutung auch bei den Zentrumschristen in erster Linie kommt, dafür sind auch anderweit Weise in Fülle und Fülle zu erbringen.

Der so geschändete Antrag wurde gegen „fast Niemand“ angenommen und der Bericht vergeträmet: „Lebhafte Beifall“. Die christliche Gewerkschaftsorganisation der Landarbeiter harret noch immer ihrer Gründung.

Wir wollen die Entwicklungsphasen chronologisch festhalten, zu Nutz und Frommen Aller, die in kommenden Tagen mit den Herren Gewerkschaftsmachern zu thun bekommen:

1. Der Hohnwucher ist gewerkschaftlicher Natur; deshalb agitirt die christliche Gewerkschaftspresse für ihn. Grund: Unterstützung der Landarbeiter.
2. Um den Landarbeiter des Hohnwuchers theilhaftig zu machen, bedarf er einer gewerkschaftlichen Organisation, denn freiwillig giebt kein Unternehmer Lohnzulagen usw.
3. Da sich gegen den Hohnwucher im christlichen Arbeiterlager heftige Opposition erhebt, wird die Hohnwucherdebatte als ungewerkschaftlich erklärt.
4. Auf den Sturm der Bauernbündler huft man in M.-Glabbach immer mehr von dem Landarbeiter-Gewerkschaftsverein zurück und gelangt schließlich zur Empfehlung konfessioneller Landarbeitervereine, ruft alle sozialgesinnten Männer zum Schutz des landwirtschaftlichen Proletariats auf.
5. Als dann auf dem Zentrumstag die sozialgesinnten Männer Farbe bekennen sollten, verstümmelten sie einen sehr mächtig gehaltenen Antrag derart, daß nicht einmal der betreffende Passus gegen die Ausbeutung der Kinder Gnade fand; hingegen flüchte man hinzu eine bestimmte Forderung, zum Schutze des agrarischen Unternehmers.

Das ist die Geschichte des nicht geborenen hierakalen Gewerkschafts der Landarbeiter. Wann folgt Fortsetzung? Otto Que.

**Rundschau.**

Mit der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hat sich der Reichstag bereits in seiner Sitzung vom 27. Februar beschäftigt. Dieselbe ist nach längerer Debatte zunächst einer Kommission überwiesen worden.

Wie aus der an den Reichstag gelangten Novelle hervorgeht, hat der Bundesrath an dem früher veröffentlichten Entwurf des Reichsamts des Innern eine Korrektur vorgenommen. Die Grenze der Beitragshöhe ist noch weiter hinaufgeschoben worden: die Gemeindefrankenkassen sollen bis auf 3 pZt. (jezt 2, nach dem ersten Entwurf 2,4 pZt.), die organisierten Zwangskassen auf 4 pZt. (jezt 3, nach dem ersten Entwurf 3,6 pZt.) gehen dürfen. Dagegen sind auch einige Rückwärtsrevidierungen — ohne die geht es ja selten bei einer Arbeit des Bundesraths auf sozialpolitischem Gebiete ab — zu verzeichnen: So ist die für Personen des Soldatenstandes in § 3 vorgeschriebene Befreiung von der Versicherungspflicht in ungünstigerer Weise geregelt. Dafür sollen schwerwiegende „dienliche Gründe“ maßgebend gewesen sein. Die wiederholte Unterstützung im „Laufe der nächsten 12 Monate“ war im ersten Entwurf auf 26 Wochen vorgezogen. Im farrigirten Entwurf wird diese Unterstützung nur auf 13 Wochen besessen. Die Erweiterung des Disziplinarraths der Aufsichtsbehörden über die Vorstandsmitglieder ist geblieben. Die Bestimmung im ersten Ent-

wurf, daß der ortsbliche Tagelohn unter Zugiehung der Vertreter der Versicherten festgesetzt werden soll, ist ganz unmotiviert abgeändert worden. Aus den Versicherten sind Versicherungspflichtige gemorden. Als Tag des Inkrafttretens bestimmt der revidirte Entwurf den 1. Januar 1904. Das ist zu begrüßen. Es ist da wenigstens eine einigermaßen gründliche Durchberathung der für die Arbeiter so wichtigen Novelle gewährleistet und es wird zweifellos von den Vertretern der Versicherten in den Krankenkassen sowie als auch von den Vertretern des arbeitenden Volkes im Reichstage Alles gethan werden, um die beabsichtigte Scheinreform des Krankenversicherungsgesetzes zu einer wirklichen zu machen, und das auch vom Kaiser bestätigte Widerstreben der Bourgeoisie gegen Sozialreform überwinden.

Wir werden die Novelle in einer der nächsten Nummern ausführlicher besprechen.

Einen allgemeinen Krankenkassen-Kongreß beruft die Zentralkommission der Krankenkassen und der Zentralvorstand der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich auf den 16. und 17. März nach Berlin ein, um zum Entwurf der Krankenversicherungs-Novelle Stellung zu nehmen. Zu diesem Kongreß sind sämtliche Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschäfts- und freien Hilfsklassen Deutschlands eingeladen. Anmeldungen sind bis zum 10. März zu richten an die Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin SO 16, Engelseufer 15, oder an die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend, Leipzig, Gellertstr. 7—9.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Sterbetafel.**

- Albert Bartel, Tischler geb. 13. 7. 48, gest. 22. 2. 03 zu Halberstadt.
  - Georg Brandmüller, Schreiner, geb. 22. 2. 76 zu Neumarkt, gest. 20. 2. 03 zu München.
  - Franz Daubenerger, geb. 12. 9. 62 zu Gröbzingen, gest. 22. 2. 03 zu Durlach.
  - Carl Peters, Tischler, geb. 15. 11. 76 zu Altona, gest. 22. 2. 03 zu Schönberg i. M.
  - Theresia Danner, Wäschmackerin, geb. 8. 1. 72 zu Nürnberg, gest. 26. 2. 03 zu Nürnberg.
  - Kaspar Rahm, geb. 22. 1. 65 zu Goldburghausen, gest. 26. 2. 03 zu Fürt.
  - Karl Riefer, Schreiner, geb. 12. 12. 72 zu Sonnenberg, gest. 21. 2. 03 zu Sonnenberg b. Wiesbaden.
  - Josef Turfobst, Schreiner, geb. 9. 2. 59 zu Lemberg, gest. 1. 3. 03 zu München.
  - Hugo Wosß, Drechsler, geb. 11. 6. 88 zu Eilenburg, gest. 14. 2. 03 zu Eilenburg.
  - Wilhelm Koffert, geb. 5. 9. 68 zu Cottbus, gest. 28. 2. 03 zu Cottbus.
- Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**Gau Elberfeld.**

Den Zahlstellenverwaltungen des Gaus zur Mittheilung, daß im Laufe der vorigen Woche Zirkulare verschickt wurden, betreffend Arrangirung von Agitationsversammlungen. Wo diese irgendwo nicht eingetroffen sein sollten, dann bitte um umgehende Reklamation. In der Erwartung, daß die Kollegen überall, entsprechend dem Inhalt des Zirkulares, ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit thun, zeichnet mit kollegialischem Gruß  
Der Gauvorstand.  
August Hartung, Schusterstr. 38a.

**5. Gau. Vorort Dresden.**

Das unter Differenzen und Lohnbewegungen im Bericht vom Jahre 1902 von Großenhain Erwähnte ist nach einer Mittheilung des Bevollmächtigten wie folgt zu berichtigen: Der erwähnte zurückgewiesene Abzug von 10 pZt. betrifft nur Fenster mit eichenen Wetterschenkeln und Sprössen. Auch sei erreicht worden, daß der angefündigte Abzug für bessere maschinelle Einrichtungen von 40 pZt. auf 35 pZt. herabgesetzt worden sei. Der Stundenlohn werde nicht garantirt und betrage bei Fenstern 35—36  $\frac{1}{2}$  durchschmittlich.

Ich hatte meine ersten Angaben aus den erhaltenen, leider mangelhaften schriftlichen und mündlichen Informationen zusammengestellt.

Ernst Gankle, Rixenbergstraße 2, 1. Etage.

**12. Gau. Vorort Gera.**

**Bericht und Abrechnung für das zweite Halbjahr.**  
Nachdem auf Beschluß des Vorstandes der 12. Gau am 1. Januar 1903 aufgehoben worden ist, geben wir hiermit unseren letzten Bericht. Trotdem der Vorstand an den Gauvorstand nicht mit einem Wort bezüglich der Aufhebung des Gaus herangetreten ist und einfach diktiert hat, wünschen wir, daß die neue Gauenintheilung recht vortheilhaft für den Verband wirken möchte. Die ganze Aufhebung kam uns wie der Blitz aus heiterem Himmel. Wir glaubten aber doch auch Anspruch darauf machen zu können, gleichberechtigt zu sein und nicht als Mitglieder zweiter Klasse von Seiten des Vorstandes behandelt zu werden. Berjamlungen sind im abgelaufenen Halbjahr unter Theilnehmung des Gauvorstandes 22 abgehalten worden; trotdem verschiedene Anweisung bezüglich Bekanntmachung der Versammlung gegeben und auch befolgt wurde, war der Besuch ungenügend, was wohl seine Ursache in den schlechten Erwerbsverhältnissen hat, und hat es ziemlich Mühe gekostet, den alten Mitgliederbestand zu erhalten.  
Eine neue Zahlstelle wurde in Schleiz gegründet, wo früher schon eine solche bestanden hatte, aber infolge der Erhöhung der Beiträge eingegangen war. Hoffen wir, daß die neue Zahlstelle eine dauernde Existenz hat.



Eine Kassenrevision fand in Saalfeld statt, doch hat dieselbe Unregelmäßigkeiten nicht ergeben. Aufträge des Vorstandes waren fünf zu erledigen.

Bei Differenzen mußte der Gauvorstand elfmal einen Vertreter entsenden, und zwar nach Zeulenrode fünfmal, dort waren die Kollegen in den Streik eingetreten; auf die einzelnen Phasen dieses Streiks hier einzugehen, halte ich nicht für notwendig, da dieses zur Genüge an dieser Stelle geschehen ist, nur will ich bemerken, daß der Streik volle 14 Wochen gedauert hat, und ein Erfolg so gut wie gänzlich erzielt worden ist. Alle Verhandlungen, die seitens des Gauvorstehers und einem Vertreter des Vorstandes, Kollegen Ahrens-Berlin, geführt wurden, waren erfolglos. Auch das Gewerbegericht wurde als Einigungsamt angerufen, und es wurde auch hier ein Schiedsspruch gefällt, welchem sich aber die Unternehmer nicht unterwarfen. Infolgedessen mußte der Streik aufgehoben werden. Wohl sind einige Lohnzulagen gewährt worden, welche aber in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen. Dieser Streik hat wiederum gezeigt, wie vorzüglich man in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges mit Streiks sein muß. Nicht unterlassen will ich, hier den dortigen Kollegen für ihre Haltung in diesem schweren Kampfe unsere Anerkennung auszusprechen.

Des Weiteren waren Differenzen in der Knopfabrik von Schraumb in Könnitz wegen Lohnabzugs ausgebrochen. Durch das Eingreifen der beteiligten Kollegen wurde der Abzug wieder zurückgenommen. In Ronneburg traten die Stellmacher der Automobilfabrik von Hering in den Streik. Anlaß hierzu war Mahregelung. Da die Firma einige Arbeitswillige gefunden hatte, mußten die Kollegen sich anderweitig nach Arbeit umsehen. In Jena hatte der Pianofortefabrikant Gläser die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verlängert. Bei einer Verhandlung hatte Gläser wohl das Versprechen gegeben, die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, was aber nicht gehalten wurde und konnten auf Grund der schlechten Organisation keine weiteren Schritte unternommen werden.

Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in neun Sitzungen erledigt. Die Korrespondenz belief sich auf 111 Eingänge und 149 Ausgänge.

Die Abrechnung stellt sich wie folgt:

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows include Kassenbestand vom vorigen Quartal, Beiträge aus der Hauptkasse, Freiwillige Beiträge der Zahlstellen, and Summa.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows include Diäten und Fahrgeelder an Referenten, Druckfachen und Inserate, Porto und Schreibmaterial, Persönliche Verwaltungskosten, and Summa.

Abschluß.

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows include Einnahme and Ausgabe.

Kassenbestand... M. 43,68

Die Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden von den Revisoren der Zahlstelle Gera: Hermann Deder, Rich. Seidenbacher, Albert Ruderisch.

An freiwilligen Beiträgen fanden ein die Zahlstellen Altenburg M. 48,60, Birgel 23, Greiz 25,70, Gera 16, Jena 12, Ronneburg 2,40, Langenberg 8, Neustadt 2,80, Naumburg 20,60, Schmolln 50, Böhmed 8, Roda 8, Triebes 8, Weißenfels 16, Zeitz 60.

Bemerken will ich, daß die M. 198,78, welche für persönliche Verwaltungskosten ausgegeben worden sind, für das ganze Jahr zu verstreuen sind.

Hiermit verlassen wir unser Tätigkeitsgebiet mit dem Bewußtsein, unsere volle Pflicht gethan zu haben.

J. A.: Rich. Werner.

17. Gau. Vorort München.

In der Generalversammlung der Zahlstelle München am 8. Februar wurden die Kollegen Ant. Ebert, Karl Deininger, Joh. Nimmerfall, Paul Göb, Ed. Gril, Joh. Mager als Beisitzer in den Gauvorstand gewählt. Alle Geldsendungen sind an den Gau Kassier: A. Deininger, Schreiner, Sieblandstr. 17, 3. Stg., zu richten.

An die Zahlstellen wurde ein Rundschreiben, betreffend die Agitation vor dem 1. April, gerichtet. Die Zahlstellen werden erjucht, dasselbe in den Mitgliederversammlungen zu besprechen und mit dem Gauvorstand baldigst in Verbindung zu treten, behufs Zuweisung von Referenten.

Ant. Raith, Gauvorsteher, Humboldtstr. 40, 1. St.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend erjucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Blomberg. In einer am 27. Februar hier abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Deder-Hannover. In seinem 15-tägigen Vortrage ging er auch auf die so ungünstigen Lohnverhältnisse am Orte näher ein und ermahnte die Kollegen mit warmen Worten, zur Besserung derselben Alles zu thun, zunächst aber alle Kollegen dem Verbande zuzuführen. Das sei der einzige Weg zur Besserung. Nicht dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag ließen sich 28 Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß die hiesige Zahlstelle jetzt 50 Mitglieder zählt. Thun die Kollegen in dem Verband nun ihre Schuldigkeit, sorgen sie für reges organisatorisches Leben und dafür, daß auch die sonst noch fernstehenden Kollegen der Organisation zugeführt werden, so kann es gewiß nicht fehlen. So werden wir auch hier bald in der Lage sein, eine Besserung unserer gewiß schlechten Lage durchzuführen.

Dresden. Am 1. März fand eine öffentliche Bauanschlägerversammlung statt. Nach einem Referat des Genossen Friedrich über: „Der Bauarbeiterschutzbund“, fand folgende Resolution Annahme: „Die Anschläger ersuchen etwaige zum Bauarbeiterschutzbund delegierte Kollegen des Verbandes, sofort ihre Adressen bekannt zu geben, damit

den Kollegen spezielle Wünsche und Anregungen aus anderen Orten gegeben werden können. Die Anschläger ersuchen die Kollegen allerorts, sich darüber zu äußern, ob eine Delegation zum Bauarbeiterschutzbund als Vertretung für fernere in sich nicht in geeigneter Weise ermöglichen ließe, indem sämtliche beteiligten Verbandskollegen zusammen einige geeignete Kollegen entsenden, da gerade die Holzarbeiter unter den Mitgliedern sehr zu leiden haben. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde lebhaft Klage geführt über die Konkurrenz der Werkstattarbeiter, die vielfach billiger ananschlagen als die nur als Anschläger arbeitenden Kollegen. Wenn die Anschläger die Läden meiden und lieber Wochen lang arbeitslos sind, sollten auch die Kollegen der Werkstatt solidarisch handeln und wenigstens nicht unter dem für Anschläger üblichen Lohn arbeiten. Man hofft allgemein, daß namentlich mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung in dieser Beziehung bessere Verhältnisse sich werden schaffen lassen.

Glogau. Am 21. Februar sprach hier Kollege Dietrich über: „Wie haben die Gewerkschaften ihre Pflichten bisher erfüllt?“ In längerer Ausführung schildert er die Entstehung des Handwerks und des heutigen Lohnsystems, sowie die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen, bis zu der Machtposition, welche dieselbe heute einnimmt. An der Hand eines zahlreichen Zahlenmaterials schilderte er die Erfolge des Verbandes in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes sowie Unterstützung der Mitglieder während der Kämpfe, auf der Reise und in sonstigen Nothfällen. Redner schloß seine von Beifall begleiteten Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, dem Verbandsbeiträgen und demselben treu zu bleiben. Ja, Kollegen, bei uns thut es ganz besonders Noth, sich zu organisieren, denn die Verhältnisse sind nicht besonders rosig. Löhne von M 12 sind keine Seltenheit, trotzdem Wohnungs- und Lebensmittelpreise sehr hohe sind. Wir stehen hier vor der Stadtverweiterung. Wenn bei derselben auch etwas für die Arbeiter abfallen soll, so ist es nöthig, daß sich Mann für Mann dem deutschen Holzarbeiterverbande anschließt, denn nur dieser vertritt in wirksamer Weise die Interessen seiner Mitglieder. In der Sophagelstfabrik von Hirschbach sollten an einigen Artikeln Wollage gemacht werden, es ist aber durch Verhandlungen der Ortsverwaltung mit genanntem Herrn gelungen, den Abzug auf ein Minimum zu beschränken. Es war dies wohl ein Versuch, um, wenn derselbe gelingt, die Lohnreduktion auch auf andere Artikel auszuweihen. Wäge dies ein Ansporn sein, fest und treu zu der Verbands Sache zu halten. Die Firma engagirt oft Arbeitskräfte aus Breslau, welche aber bald wieder abreisen, denn Reichthümer sind hier nicht zu sammeln. Wer sich also vor Schaden bewahren will, frage vorher bei der Ortsverwaltung an.

Graudenz. In einer am 21. Februar hier abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach hier Kollege Hünzow aus Bromberg über: „Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie“. Wie recht der Redner mit seiner Kritik der ungünstigen Arbeitsverhältnisse innerhalb unseres Berufes und auch hier am Orte hatte, bewies der große Beifall, der ihm aus der Versammlung dafür wurde. In der Diskussion wurde in erster Linie das Verhalten der Hirsch-Dunder'schen scharf gerügt, die seit 9 Jahren schon am Orte eine Organisation besitzen, für die Besserung unserer Arbeitsverhältnisse aber noch nichts gethan haben. Sie beschränken sich darauf, alle Jahre 2 bis 3 Vergünstigungen abzuhalten. Bezeichnend ist auch das Verhalten der Hirsch-Dunder'schen zu dieser Versammlung. Um dem Wunsch derselben entgegenzuwirken, betrieben sie die Einberufung einer Hirsch-Dunder'schen Versammlung, in der Herr Wambach-Berlin reden soll. Ein Tischlermeister, der nach dem Referenten das Wort nahm, erklärte sich mit dessen Ausführungen einverstanden. In den Ostprovinzen seien die Meister aber außer Stande, bessere Löhne zu zahlen, da sie meist nur mindertwerthige Arbeitskräfte bekommen könnten. Vom Referenten wurde dies entschieden bestritten und, soweit es zuträffe, aus der Ordnung üblich sei, erklärt. Es ließen sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen. Mit einigem guten Willen wird es auch hier vorwärts gehen. Galten die Kollegen mehr als bisher zusammen, erscheinen sie in den Versammlungen und beteiligen sie sich an den Organisationsarbeiten, so muß es auch hier bald besser werden. Und je mehr sie hier unser Verband stärkt, um so näher liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Besserung unserer Lage.

Salzstadt. In einer leider nur schwach besuchten Versammlung am 24. Februar sprach der Gauvorsteher, Kollege Bauer, über: „Der Werth der Arbeitslosenunterstützung“. Die Ausführungen des Referenten befriedigten allseitig. Im weiteren Verlauf kam der neu errichtete städtische Arbeitsnachweis zur Sprache. Eine Protestresolution gegen denselben, welche bereits in einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung angenommen war, wurde gleichfalls einstimmig angenommen und die Holzarbeiter verpflichtet, den städtischen Arbeitsnachweis zu meiden und nur den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter zu benutzen. Derselbe befindet sich beim Kollegen G. Krankemann, Westendorf 25.

Gamm i. Weßf. Die Firma W. L. a n d m a n n, Möbelfabrik in Gamm, sucht in Dresdener Zeitungen tüchtige Möbeltischler. Auf diesbezügliche Anfragen theilt er den Betreffenden mit, daß seine besseren Tischler M 24 bis M 30 pro Woche in Accord verdienen. Demgegenüber müssen wir konstatieren, daß das nicht der Wahrheit entspricht. Nach unserer Berechnung beträgt der Durchschnittslohn der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter M 18 bis M 19. Beschäftigt in diesem Betrieb sind 10 Mann. Es ist auch keine Seltenheit, wenn verheiratete Arbeiter mit M 14 pro Woche nach Hause gehen. Auch müssen wir bemerken, daß wir in diesem Betriebe nur ein Mitglied haben. Wie traurig es diesem mit der modernen Organisation in Gamm aussteht, davon folgendes Zeugniß: Am Samstag, den 28. Februar, hatten wir eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen. Anwesend waren 12 Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, indifferenten Holzarbeiter keine, sonstige Gewerkschaftsmitglieder anderer Berufe 26. Kollege Hartung hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Was bietet der Deutsche Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern?“ Leider glänzten diejenigen, die es hören sollten, durch Abwesenheit. Die Holzarbeiter von Gamm haben so was zu hören auch nicht nöthig. Für Klimbim- und Kriegervereine, auch Heiligkeits-Gewerkschaften und Harmonievereine sind die Holzarbeiter

hier wohl zu haben, aber nur nicht für den Deutschen Holzarbeiterverband. Es wäre doch sehr wünschenswert, daß auch hier in Gamm die moderne Organisation mehr Anhänger finden würde.

Kassel. Eine am 18. Februar stattgefundene, von über 300 Schreibern besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung hatte als Tagesordnung: „Vortrag des Kollegen Brinlmann über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Holzbranche, speziell am Ort.“ Redner streifte zunächst in kurzen Zügen die Verhältnisse unseres Berufes außerhalb, besonders die Vorkommnisse letzter Zeit in Berlin und München, um sodann in eingehender Weise die Entwicklung unserer örtlichen Verhältnisse an der Hand statistischen Materials zu vergliedern. Er griff zurück auf unsere Lohnbewegung von 1897; damals sei ja unser Organisationsverhältnis auch schon ziemlich günstig gewesen, und habe infolgedessen auch unsere damalige Lohnbewegung einen sehr schnellen und günstigen Verlauf genommen. Freilich seien unsere Forderungen damals ja nicht voll und ganz zur Geltung gekommen, besonders hätten die Verhältnisse an der Hand statistischen Materials Verkürzung der Arbeitszeit nachlassen müssen. Jedoch sei das, was wir erreicht, ohne Opfer erreicht. Damals sei uns vom Hauptvorstand an's Herz gelegt, das, was wir auf der Strecke lassen mußten, so bald wie möglich nachzuholen, leider hätten es Zeit und Umstände bisher noch nicht erlaubt. Heute stehe nun aber unsere Organisation bedeutend besser da, und müsse er seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß in der letzten Jahresrechnung Kassel mit einer Mitgliederzahl von über 700 verzeichnet sei. Die Gesamtzahl der hier in circa 120 Geschäften beschäftigten Schreiner betrage 886, hiervon arbeiten in 76 Geschäften 416 Gesellen auf Bau und Möbel, die übrigen 420 in 44 anderen Betrieben, wie Waggonfabriken, Maschinenfabriken, Spezialbetrieben usw. Während 1897 nur 18 Maschinenbetriebe mit 110 Pferdekraften vorhanden waren, so seien dieselben heute auf 34 Betriebe mit insgesamt 280 Pferdekraften gestiegen. Gleichmäßig mit dem Steigen der Maschinen und der damit verbundenen Konkurrenz seien aber auch die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Gesellen gestiegen. Was nun die Löhne anbelange, so sei es sehr zu wünschen, daß dieselben auch als bald eine Steigerung erfahren würden. Es beziehen 45 Gesellen einen Lohn unter M 15, 110 Gesellen einen Lohn unter M 18 und über die Hälfte der anderen einen solchen zwischen M 17,80; er sei ja heute etwas höher, betrage M 18,95, sei aber lange nicht in dem Maße gestiegen, wie die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmiete, Steuern usw. in die Höhe gegangen seien. Nun frage es sich, was müssen wir thun, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hierorts in unserem Verufe zu schaffen. Unsere Verhältnisse stehen gegenüber vielen anderen Städten um ein Bedeutendes zurück, was bis jetzt noch jeder zugereifte Kollege bestätigt habe. Hier gäbe es nur eine Antwort: Wir müßten uns fest zusammenschließen, Keiner dürfe fehlen, auch dürfe man sich nicht scheuen, Extraopfer zu bringen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt seien, dann könne man auch zu gegebener Zeit gerosteten Mutthes an die Verbesserung seiner Lage herantreten und Forderungen stellen, welche vom menschlichen Standpunkt nicht mehr als gerecht sind. Reicher Verfall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Die sich nun entspinnde, sehr rege Diskussion befandete so recht, wie sehr Redner seiner Zuhörer aus der Seele gesprochen hatte, und waren sich sämtliche Kollegen dahin einig, daß es hohe Zeit sei, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hierorts auf ein höheres Niveau zu bringen, auch sei unser Organisationsverhältnis mit 86 pSt. dementsprechend, daß man sagen könne, wir sind eine geschlossene Masse und im Stande, gestellten gerechten Forderungen Achtung zu verschaffen. Folgende aus der Mitte der Versammlung eingegangene Resolution gelangte hierauf zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Holzarbeiterversammlung verpflichtet den Ausführungen des Kollegen Brinlmann voll und ganz bei. Sie sieht aus denselben den Beweis erbracht, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, speziell der Schreiner, mit den gesteigerten Miete- und Lebensmittelpreisen nicht gleichen Schritt gehalten haben. Sie erkennt an, daß nur durch den Zusammenschluß aller Kollegen im „Deutschen Holzarbeiterverband“ eine Verbesserung dieser Verhältnisse angestrebt werden kann. Die Anwesenden verpflichten sich daher, dahin zu wirken, daß alle Schreiner von Kassel und Umgegend, welche noch nicht organisiert sind, dies sofort nachholen werden, um, wenn die Konjunktur günstig, eine Verbesserung durch die Organisation anzustreben. Nach einem hierauf erfolgten Appell des Vorsitzenden zur regen Theilnahme an der am 3. 5. und 6. März stattfindenden Gewerbegerichtsbeisitzerswahl sowie an der jetzt einsetzenden Agitation zur Reichstagswahl, schloß derselbe die äußerst gut besuchte Versammlung. Eine im Anschluß hieran stattfindende Mitgliederversammlung beschloß unter allseitiger Zustimmung die Einführung eines Extrabeitrages von 10 s pro Woche zur Stärkung der Lokalkasse, und zwar soll derselbe rückwirkend vom 1. Januar bis 1. April erhoben werden.“

Wien. Die Lage der Parkethoblenleger hat sich auch im Rheinland in den letzten Jahren bedeutend verschlechtert, was einerseits dem wirtschaftlichen Niedergang, andererseits aber der geradezu sprüchswortlich gewordenen Interesselosigkeit der Kollegen zuzuschreiben ist. Durch knurrendes Ausdehnen der Arbeitszeit und selbstmörderisches Wüthen bei der Arbeit während der guten Konjunktur hatten die Parkethleger einen etwas besseren Verdienst als die anderen Kollegen der Baubranche, und glaubten sie dieserhalb, es nicht notwendig zu haben, sich zu organisieren. Doch der gerade etwas höhere Verdienst veranlaßte eine größere Zahl von Bauarbeitern, sich dem Parkethlegerberuf zu widmen und dadurch wurde veranlaßt, daß bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang eine große Anzahl Parkethleger arbeitslos wurde. Diese Gelegenheit suchen nun auch die hiesigen Unternehmer auszunutzen, indem sie heute einfach dem Arbeiter erklären: „Wenn Sie mir den Boden für so und so viel legen wollen, können Sie die Arbeit bekommen.“ Leider sind nun die Kollegen durch ihre Uneinigkeit gezwungen, auf diese Art zum Lohnbrücker zu werden. Dieses zeitigt wieder jene erbärmlich niedrigen Submissionsangebote, die in letzter Zeit wieder eine trübende Rubrik in der Arbeiterpresse geworden sind. Besonders wird dies einigen süddeutschen Parkethfabriken nachgerühmt, welche versuchen, die ganzen rheinischen und norddeutschen Fabriken durch billige Arbeit niederzukonkurrieren. Hoffentlich werden unsere dortigen



Kollegen (besonders Frankfurt und Mainz) die Angelegenheit ernstlich in die Hand nehmen, um solchen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Auch die Kollegen in Köln haben einsehen gelernt, daß nur durch die Macht der Organisation etwas erreicht werden kann, und hat sich im letzten Jahre eine größere Anzahl dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Die noch Ausstehenden werden wir wohl auch noch überzeugen können, daß sie durch ihre Interesslosigkeit nur dem Unternehmertum nutzen, zum Schaden unser Aller. Um nun der verschleierten Entlohnung und der dadurch entstehenden gegenseitigen Belämpfung entgegenzutreten, haben wir beschlossen, einen in gemeinschaftlichen Sitzungen ausgearbeiteten Tarif (nach dem Muster norddeutscher Städte) den Unternehmern zu unterbreiten und Letztere zu erforschen, selbigen bei künftigen Geschäftsabschlüssen zu berücksichtigen. Mögen nun die Parteileger überall davon Kenntnis nehmen und ebenfalls versuchen, auf diese Weise die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Wir sind jederzeit gern bereit, den interessierten Zahlstellen Tarife zusammen zu lassen. Im Uebrigen ersuchen wir die Parteileger überall, bis zur vollständigen Regelung der Angelegenheit, keine Arbeit von hier aus zu übernehmen, sich mindestens vorher mit der Lokalverwaltung in Verbindung zu setzen.

**Lübbenau.** Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung welche am Freitag, den 27. Februar, stattfand, und in welcher Kollege Stusche (Werlin) anwesend war, beschäftigte sich mit dem Lohnabzügen in der Luxusmöbelfabrik von G. Wunderlich. Es wurden in genannter Fabrik fortgesetzt Lohnabzüge vorgenommen. Daß ein vor zwei Jahren von uns und der Firma vereinbarter Lohnvertrag unter Glas und Rahmen in der Werkstatt aushängt, der von Herrn Wunderlich unterschrieben ist, kümmert ihn und den Herrn Werkführer wenig. Er bezahlt eben immer weniger, so daß es jetzt so weit gekommen ist, daß eben kein Mensch mehr unter diesen Bedingungen weiter arbeiten kann. Einer Kommission, welche vorstellig wurde, erklärte der Herr, daß er nichts davon zurücknimmt, ja, sogar noch mehr abziehen würde. Vor 14 Tagen wurde durch Plakat in der Werkstatt bekannt gemacht, daß von Montag ab nur noch 7 Stunden täglich gearbeitet werde. Jedenfalls sollte ein Grund gefunden werden, um Entlassungen vornehmen zu können. Plötzlich ist denn auch die ganze Lokalverwaltung und die Lohnkommission entlassen worden. Dann ist wieder abgezogen worden. Kollege Stusche sagte den Kollegen die Situation auseinander, und machte auf die Folgen eines event. Streiks aufmerksam. Sodann wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme die Arbeitsniederlegung beschlossen. Gegenüber dem Gauvorsteher Stusche erklärte heute (Sonntag) Herr Wunderlich mit großem Nachdruck, er habe überhaupt nichts mit ihm zu thun und sei zufrieden, daß er die Großschnauzen und dummen Zungen, die noch nicht mal hinter den Ohren trocken wären (gemeint ist die Lokalverwaltung, das sind Kollegen, welche 5, 10, 12 und 18 Jahre in diesem Betrieb beschäftigt sind) raus habe und daß heute gleich noch ein paar rausflügen. Er (nach seiner Ansicht) hätte überhaupt nichts mehr in seinem Betrieb zu sagen, das mache Alles der Verband. Am Montag wird Stusche nochmals versuchen, eine Einigung zu erzielen, sollte auch die fehlschlagen, erst dann werden sämtliche Kollegen einmütig die Arbeit niederlegen. Jedenfalls ist Zugang fernzuhalten.

**Rothenburg a. d. T.** Die hiesigen Kollegen haben sich über die Verhältnisse in der Kindertagenfabrik von Heinrich Meier & Wünschmann zu beschweren. Dort werden fortgesetzt Lohnabzüge vorgenommen, obwohl die Löhne ohnehin recht schlecht sind. Es steht das in erheblichem Antrast zu dem von der Firma geäußerten Grundsatz, daß sie Frieden mit ihren Arbeitern haben wollte. Und beschwert man sich gegen das Verhalten der Firma, so ist es nicht selten, daß allen Arbeitern, die 9 und 10 Jahre im Vertriebe beschäftigt sind, erklärt wird, sie könnten ja gehen, wenn es ihnen nicht passe. In der Schreinerei sind Löhne von M 7, 8 und 9, ja, noch niedrigere Löhne keine Seltenheit. Vor circa 3 Wochen hat nun ein neuer Schreinermeister angefangen (ein gelernter Feilenhauer!), der mit der Einführung von Detailarbeit vorgegangen ist, um die Preise noch mehr drücken zu können. Wie das ausgehen soll, ist noch die Frage bei den schlechten Löhnen, die jetzt schon üblich sind. Schrieb da neulich ein hiesiger Geistlicher und Dekan in seinem von ihm redigierten Sonntagsblättchen, die Arbeiter sollten sich davor hüten, Schulden zu machen, lieber sollten sie ein trodenes Brot und eine ungeschmalzene Brotkrume essen. Als wenn es bei den oben angeführten Löhnen dazu noch langte. Uebrigens, bei solcher Kost würde der Herr Geistliche wohl kaum arbeiten können. Wie kann er es den Arbeitern zumuthen, von denen so schwere Arbeit gefordert wird. Unter erheblichen Abzügen hatten bei genannter Firma außerdem sowohl die Korbmacher, als auch die Schlosser, Sattler und Radierer zu leiden. Die verständigen Arbeiter ziehen es denn vor, diesen Betrieb zu meiden, als bei 65stündiger Arbeitszeit für einen Hungerlohn zu schaffen. Unser Vorgehen muß es aber sein, die Verhältnisse einer durchgreifenden Besserung zu unterziehen, was nur möglich sein wird, wenn alle Arbeiter den Organisationen ihres Berufes beitreten, und wenn der Zugang, zunächst von Tischlern und Korbmachern, von hier ferngehalten wird.

**Schönebeck.** Wir möchten die zureisenden Kollegen ersuchen das Umschauen zu unterlassen. Verschiedene Meister beabsichtigen die eingeführte zehnstündige Arbeitszeit wieder zu beseitigen und die elfstündige einzuführen. In der Werkstatt von Hasenfuß ist es deshalb schon zu Maßregelungen gekommen. Herr S. ist nun auf der Suche nach Ersatz. Er verspricht wöchentlich M 24. In welcher Stundenzahl diese Summe zu verdienen ist, jagt er nicht. Also Vorsicht, Kollegen! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier in Schönebeck sehr verbesserungsbedürftig. Auskunft giebt gern die Lokalverwaltung.

**Einordn.**

Der Brand in der Celluloidwaarenfabrik in der Michaelkirchstraße in Berlin Anfang d. Mts., veranlaßt uns, auf Nachfolgendes hinzuweisen. Nach demselben ging eine Karte durch die Presse, das Polizeipräsidium wolle verschärfte Vorschriften gegen Feuergefährlichkeit erlassen. Et hierbei viel Vortheile im Interesse der Arbeiter herausbringen werden, wird abzuwarten sein, wir möchten hier aber auf

einige Uebelstände und Vorschläge zu deren Abhilfe hinweisen.

Zunächst besteht im Allgemeinen die Bestimmung, in den Betrieben sollen zwei Ausgänge sein. Wie steht es nun damit? Wo dieser zweite Ausgang vorhanden ist, ist er stets verschlossen. Es soll ja neben der Thür in einem Glaskasten ein Schlüssel zum Oeffnen sich befinden, aber wenn die Gefahr da ist, wird im Allgemeinen derartige Stopplosigkeit herrschen, besonders in Betrieben, wo viel Arbeiterinnen beschäftigt sind, wie in der Kammsfabrikation, als auch der Fabrikation von Galanterie-Celluloidwaaren, daß daran die Möglichkeit, uns frei zu kommen, scheitern wird. Hier müßte die Polizei Sorge tragen, daß so lange Menschen im Betriebe sich befinden, der Ausgang immer offen gehalten werden muß. Der Grund, Arbeiter könnten während der Dauer der Arbeitszeit denselben unbefugter Weise benutzen, kann gegenüber der Gefahr, in welcher beim Verschluß das Personal schwebt, garnicht in Frage kommen.

Nun zur Materialaufbewahrung. In einzelnen Betrieben ist Schreiber Dieses bekannt, lagern mindestens 300 bis 400 Kilo Material in Holzregalen an der Wand entlang, direkt neben dem Eingang. Bricht hier einmal Feuer aus, ist der Ausgang versperrt, und hier kommt lebend nicht ein Mensch heraus. Es ließe sich leicht, mit wenig Kosten, eine vollkommen feuersichere Anlage schaffen. Wenn in einem Winkel des Betriebes ein gemauertes Abtheil mit dicht schließender Eisenthür versehen, als Lagerraum des Materials eingerichtet wird, da könnte doch einige Zeit vergehen, ehe dasselbe vom Feuer ergriffen werden kann. Zur äußersten Vorsicht kann an der Decke noch eine Brauseanlage geschaffen werden, welche bei Feuergefährde den Raum unter Wasser setzt. Ein Kleinmeister kann ja vielleicht diese Anlage des Kostenpunktes wegen nicht anschaffen. In einer Celluloidwaarenfabrik im Norden Berlins, soll der Lagerraum sogar vollständig mit einem Wassermantel umgeben sein.

Nun käme die Aufbewahrung der bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle in Frage, und in Bezug auf Entstehung des Feuers sind diese am gefährlichsten, da Abfallstücke oder Schabe- und Drehspähne viel leichter brennen, als ganze Platten oder Stäbe. Die Aufbewahrung müßte hier also unter denselben Vorsichtsmaßregeln erfolgen als bei Rohmaterial. Hier käme besonders die Kammsfabrikation in Frage. Außerdem müßte Sorge getragen werden, daß die Abfälle im Laufe des Tages mehrmals beseitigt werden, damit immer nur möglichst wenig Abfälle sich im Betriebe befinden. Das in Bezug hierauf Vieles im Argen liegt, beweisen die großen Brände in Kammsfabriken, besonders wäre ein so rapides Umschlagreifen des Feuers nicht möglich. Es brannte am 5. November 1900 in der Kammsfabrik von Döblin, Fehrbellinerstraße 14, am 10. April 1902 bei demselben Unternehmer, Wienerstraße 44, im Dezember 1900 bei Brauer & Zander, Köpnickestraße 55. Bei allen diesen Bränden sind Menschenleben gefährdet gewesen, in einzelnen Fällen sind Personen nur mit schweren Brandwunden davon gekommen.

Eine besonders verwerfliche Handlungsweise der Unternehmer besteht darin, daß Arbeiter veranlaßt werden, Arbeit mit nach Hause zu nehmen.

Manchesmal werden ganze Kilo Material nach den Wohnungen gebracht und halbe Nächte daran gearbeitet. Wie leicht kann bei der entstehenden Uebermüdung ein Brand entstehen, der die schlimmsten Folgen für die im Schlaf befindlichen Bewohner solcher Häuser mit sich bringen kann. Außerdem findet aber in Form von Hausindustrie die Verarbeitung des Materials statt, und in diesem Falle haben die Hausbewohner gar keine Ahnung, in welcher Gefahr sie schweben. Welches sind nun die Gründe der Unternehmer, diese Art der Verarbeitung zu pflegen? Sie sind dadurch in der Lage, den Lohn ihrer in der Fabrik thätigen Arbeiter zu drücken, und gewissenlos genug, schwerste Befahren für die betreffenden Hausbewohner herauf zu beschwören.

Hier hätten die Behörden, wenn sie gut unterrichtet wären, ein segensbringendes Feld ihrer Thätigkeit.

**Die Sektion der Kammmacher und Stockarbeiter der Zahlstelle Berlin.**

K o n s t a n z, den 23. Februar 1903.

Um den reisenden Kollegen einige Fingerzeige betreffs der Arbeitsverhältnisse in unserer schönen Stadt zu geben, sollen folgende Zeilen dienen. Wenn Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch noch nie plänzende genannt werden konnten, so haben sie sich in den letzten zwei Jahren derartig verschlechtert, daß selbst die gleichgültigsten Kollegen einsehen, daß es in dieser Weise nicht mehr fortgehen kann. Leider sind die meisten dieser Kollegen der Meinung, daß sie schon ihr Theil gethan haben, wenn sie hinter dem Rücken des Meisters tüchtig schimpfen, sonst aber als die Braven der Traven sich aufspielen. Von der Nothwendigkeit einer Organisation sind sie nicht zu überzeugen. Die Meister wissen dies auch ganz genau, und verhalten sich demgemäß. So ist es besonders Herr Edert, der in Punkte Rücksichtslosigkeit allen Anderen vorangeht. Besonders hat er es auf die Herabsetzung der ohnehin niedrigen Löhne abgesehen und sucht dies durch alle möglichen Finessen zu erreichen. Die Schreinerarbeiten beim Bau der Ober-Realsschule sind an mehrere Meister vergeben. Um nun zu verhindern, daß beim Anschlagen ein oder der andere Meister höhere Löhne als Edert zahlt, hat dieser die betreffenden Arbeitgeber zu überreden gewußt, daß jeder derselben zwei Anschläger bestellt, den Lohn zahlt jedoch nur Edert aus. Den Arbeitern wurden M 4 Tagelohn versprochen, jedoch zahlte Herr Edert nur M 3 bis M 3,50 aus. Außerdem sollte noch ein Tagelohn stehen bleiben, bis die Arbeit fertig war. Ein Grund, daß das einbehaltene Geld für immer stehen bleibt, läßt sich dann leicht finden. Ganz abgesehen davon, daß die Anschlägerarbeiten in Accord verrechnet werden sollen, allerdings zu Preisen, bei denen der Arbeiter auf höchstens M 3 kommen kann. Um sich sein Vorgehen zu erleichtern, sucht Herr Edert in allen Arbeitsnachweisen der Umgegend nach Anschlägern. Einem von Meßkirch hierher geschickten Kollegen sagte er dann, einstellen kann ich Sie nicht, aber sie können ja einmal zu den anderen Meistern gehen, vielleicht kann Sie einer brauchen. Trotzdem auf der Karte, die der betreffende Kollege vom Arbeitsnachweis erhalten hatte, ver-

merkt war, daß der Meister, im Falle er den Arbeiter nicht beschäftigt, ihm Hin- und Rückreise zu vergüten hat. Es ist sich nur ein Beispiel von vielen und die reisenden Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie Konstanz so viel wie möglich meiden. Auch unsere schweizerische Nachbarstadt Kreuzlingen ist, soweit niedere Löhne in Betracht kommen, anderen Städten weit voraus. Besonders ist es die berühmte Möbelfabrik von A. Luz, welche auch in dieser Beziehung den ersten Platz einnimmt. Hier werden Löhne erzielt, die fast unglaublich klingen. Glücklich Derjenige, welcher in 14 Tagen 50 Francs verdient, in der Regel sieht es anders aus. So werden in den meisten Fällen nach Abzug des üblichen Vorschusses von Frs. 10 und ungefähr Frs. 2 für Brot und Rost, in 14 Tagen Löhne von Frs. 20 und weniger bezahlt. Ja, es sind auch schon schlechtere Zahltagelöhne dagewesen, leider lassen die betreffenden Kollegen sich durch falsches Schamgefühl verleiten, dies so viel wie möglich zu verheimlichen. Auf glücklichem Wege ist leider bei Herrn Luz nichts zu erreichen. Prompt fliegen die, die gegen ihn murren auf's Pflaster. Die zureisenden Kollegen werden dringend ersucht, bei der Verwaltung Erkundigungen einzuziehen, bevor sie bei Luz Arbeit annehmen. Unseren Konstanzter Kollegen, und besonders den Verheirateten, möchten wir nochmals an's Herz legen, ihre Gleichgültigkeit und Rauheit abzuschütteln, und sich unserer Organisation anzuschließen, damit wir im Stande sind, endlich einmal an die Meister heranzutreten und eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Sinne in die Wege zu leiten. Darum auf Kollegen, stellt Euch in unsere Reihen und kämpft für unsere Forderungen, die Euch als Anfassige ja doppelt von Nutzen sind.

Carl Weller, Bevollmächtigter.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

**Erledigte Differenzen in Barmen und Essen an der Ruhr.** Immer wird seitens der Unternehmer in's Feld geführt, wenn sie dabei sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Nachtheil der Arbeiter zu verschlechtern, die Konkurrenz zwinge sie zu diesen Maßnahmen. Daß sie es aber gerade selbst sind, die durch ihre Handlungsweise der Schmutzkonkurrenz den größten Vorschub leisten, vermögen diese Herren nimmer einzusehen. Der breite Buckel des Bruders Arbeiter wird immer noch für tragfähig genug erachtet, um ihm weitere Lasten aufzubürden, unbelümmert darum, ob sich der Träger noch aufrecht zu erhalten vermag oder ob ihn die Last schier zu Boden drückt. Gut ist nur, daß sich die Arbeiter immer mehr ihrer Menschenwürde bewußt werden und durch ihre Waffe, der Organisation, den vielfachen Gelüsten der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen vermögen. In Nr. 5 unseres Verbandsorgans haben wir uns schon mit der Klaviaturfabrik des Herrn Kluge-Barmen befaßt, heute können wir weiter mittheilen, daß die Absicht des Herrn Kluge, eine weitere Theilarbeit in seinem Betrieb der „Konkurrenz halber“ einzuführen, an der Einigkeit der Kollegen Schiffbruch gelitten hat. Durch eine weitere Theilung der Arbeit würden besonders die Spielraumhobeler eine erhebliche Schmälerung ihres bisherigen Verdienstes erfahren haben, was nunmehr auch theilweise von Herrn Kluge selbst zugestanden worden ist. In mehreren von sämtlichen Arbeitern besuchten Fabrikversammlungen, unter Theilnahme des Gauvorstehers Hartung, kam man, um das Pulver vorläufig trocken zu halten, dahin überein, Herrn Kluge ein von sämtlichen Arbeitern unterzeichnetes Schriftstück einzureichen des Inhalts, daß sie (die Arbeiter), die Einführung der beabsichtigten weiteren Theilarbeit als eine schwere Verletzung ihres bisherigen Einkommens empfinden würden und sich demzufolge kollegialisches Verhalten auferlegt hätten. Dieses Vorgehen hatte die Wirkung, daß Herr Kluge nach einigen Tagen nach Empfang des Schriftstückes dem Fabrikanschuh erklärte, vorläufig von seinem Vorhaben Abstand nehmen zu wollen. Nur eigenhüchlich fand er es, daß sich seine Arbeiter von ein paar hergelaufenen Schuftern oder Schneidern hätten die Köpfe verdrehen lassen. Ob dieses geistreichen Ausspruches wird sich Niemand graue Haare wachsen lassen, zweifellos aber merber diese Schufter oder Schneider gegebenenfalls wieder auf dem Kasten sein, wenn Herr Kluge „Konkurrenz halber“ wieder einmal Maßnahmen beabsichtigen sollte, welche zum Nachtheil für die Arbeiter hinausläufen. Gleichfalls um konkurrenzfähig zu bleiben, hatte es Herr Nathan in Essen a. d. Ruhr für nothwendig befunden, seine Arbeiter mit einem nach unten veränderten neuen Akkordtarif zu beglücken. Um diesen nicht sofort in seinem ganzen Glorienschein erstrahlen zu lassen, sollte er den Kollegen, nach bekanntem Muster, Stück für Stück in einzelnen Portionen mundgerecht gemacht werden. Doch, gestützt auf die Organisation, zeigten die Kollegen gegenüber diesem Vorhaben keine große Gegenliebe, und legten alle 34 in dem Betriebe beschäftigten Kollegen am Sonntag, den 21. Februar, die Arbeit nieder, als einigen Kollegen zugemuthet wurde, Kleiderchränke nunmehr für M 5 pro Stück herzustellen, wofür bisher M 7,50 bezahlt wurde. Einer von vier Kollegen aus der Fabrik beorderten Kommission gegenüber behielt sich Herr Nathan bei deren Vorfälligkeit vollständig ablehnend, und so prangte denn auch schon am Montag früh im „Essener Generalanzeiger“ eine Annonce, daß tüchtige Schreinergehilfen im Betrieb des Herrn Nathan Beschäftigung finden könnten. Sei es nun, daß die Rücksichtnahme auf die große Oeffentlichkeit Herrn Nathan inzwischen hatte anderen Sinnes werden lassen (derselbe besitzt ein großes Waarenhaus am Orte außer der Schreinerei), oder daß das abermalige Erscheinen obiger Kommission in Begleitung des Gauvorstehers, Kollegen Hartung, und eines Vertreters des christlichen Verbandes am Montag früh, Herrn Nathan nun bestimmte, andere Seiten aufzugucken als am Samstag Nachmittag, die Thatsache ist zu verzeichnen, daß er sich jetzt sofort erklärte, die leitherigen Lohnsätze weiter zu zahlen. Durch schriftliche Erklärung dieses sowie der Festlegung, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden sollen, im Falle Arbeitsmangel sollen die zuletzt eingetretenen Kollegen, mit Ausnahme der Verheirateten, zuerst entlassen werden, wurde ferner noch eine Vergütung für den Transport der Arbeit von den Maschinen zugejagt. Nach eintägigem Streik wurde die Arbeit seitens der Kollegen wieder aufgenommen. Verschiedene Uebelstände in der Möbelfabrik von Gehmann in Reyh veranlaßten die in diesem Betriebe beschäftigten Kollegen, dieselben in einigen Zusammenkünften einer Besprechung zwecks Abhilfe zu unterziehen, und



hatte dieses zunächst zur Folge, daß sich die der Organisation noch fernstehenden Kollegen dieser nunmehr anschlossen, so daß außer einigen von den 44 in diesem Betriebe beschäftigten Kollegen alle dem Verband angehören. Eine erstmalige Unterhandlung bei Herrn Seymann leitens hier auf der Fabrik beschäftigter Kollegen, welcher eine spätere Vorprache seitens des Gewerkschafters folgte, zeigte das Ergebnis, daß nunmehr Uebelstände in Bezug auf die Auszahlung des Lohnes schon abgestellt, der Einführung von Lohnbüchern und dem Aushängen eines Akkordtarifs in den Arbeitsräumen in kürzester Zeit entsprochen werden soll. Hoffentlich giebt uns Herr Seymann nicht bald wieder Veranlassung, uns mit den Zuständen in seinem Betriebe im engeren Kreise sowie in der Öffentlichkeit befaßen zu müssen.

**In der Mississippi Deutsche Gras Twine Gesellschaft m. b. H. in Berlin** befinden sich die Kollegen im Auslande. Zugang ist streng fern zu halten. Von der Firma wird Alles versucht, um von auswärtig Ersatzkräfte heranzuziehen.

**Die Uhrgehäuscarbeiter der Firma Rohland & Wohlend in Grimnitzhau** befinden sich immer noch im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Der Streit in der Pianofortefabrik von Zimmermann A.-G. in Leipzig** dauert unverändert fort, während der in der Pianofortefabrik von Trmler dortselbst zu Gunsten der Arbeiter beendet ist. Mit der Firma Zimmermann A.-G. schweben zur Zeit ebenfalls Verhandlungen und steht zu hoffen, daß bei weiterer Vermehrung jedes Zuguges auch diese Differenzen zu Gunsten der Arbeiter beendet werden. Ausführlicher Bericht folgt.

**Bei der Firma Rothe & Söhne in Frankfurt a. M.** befinden sich seit 14 Tagen die Schreiner im Auslande. Die Firma hat für den Rathausbau in Frankfurt a. M. die Schreinerarbeiten zu liefern, zählt ihren Arbeitern aber in Ausführung derselben so unzureichende Akkord- und Stundenlöhne, daß diese sich nach wiederholten vergeblichen Interventionen schließlich genötigt sahen, zur Erzielung besserer Verhältnisse in den Auslande einzutreten. Von 25 Schreimern, die in genannten Betriebe beschäftigt sind, legten am 23. Februar 20 die Arbeit nieder. Näherer Bericht folgt. Jedenfalls ist jeder Zugang von Schreimern nach Frankfurt a. M. zu meiden.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Arbeitslosenunterstützung im deutschen Buchdruckerverbände.** Der „Correspondent“ bringt in seiner Nr. 14 eine Darstellung der im Verbands der Buchdrucker seit dem Jahre 1880 gezahlten Arbeitslosenunterstützung. Mit dem 1. Januar 1880 ist diese Unterstützungs-einrichtung eingeführt worden und waren 150 in Stellung gezahlte Wochenbeiträge notwendig, um bis zur Dauer von 20 Wochen (140) Tage pro Tag  $\text{M} 1$  Unterstützung erhalten zu können. Es war also hier eine Karenzzeit von 150 Wochen vorgesehen. Diese Bestimmungen sind im Laufe der Zeit mehrfach geändert und heute erhält das arbeitslose Mitglied bei mindestens 75 in Arbeit geleisteten Wochenbeiträgen bis zu 10 Wochen (70 Tage) pro Tag  $\text{M} 1,25$ , bei 100 in Arbeit geleisteten Wochenbeiträgen beträgt die Unterstützung pro Tag  $\text{M} 1,50$  auf die Dauer bis zu 10 Wochen (70 Tage), bei 150 Wochenbeiträgen bis zu 20 Wochen (140 Tage) und bei 750 Wochenbeiträgen bis zu 40 Wochen (280 Tage). Zum Schutze der Kasse sind entsprechende Vorschriften erlassen, es verliert z. B. die Unterstützung, wer die Annahme einer tarifmäßigen Kondition am Wohnorte verweigert oder deren Eintritt versäumt, auch Verschweigen von nur tageweiser Beschäftigung zieht den Verlust der Unterstützung für die jeweilige Arbeitslosigkeit nach sich; dieselbe Strafe tritt ein bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit, erwiesener Nichtbefolgung der durch die Vorstandsbeschlüsse gemachten Vorschriften und auferlegten Pflichten, insbesondere wenn nach Beiträgen bei eintretender Konditionslosigkeit im Rückstande geblieben sind.

Die Arbeitslosenunterstützung zerfällt in solche, die auf der Reise gezahlt und in solche, die am Ort gezahlt wird. In einer besonderen Tabelle wird die Arbeitslosigkeit am Orte besonders dargestellt. Wir entnehmen daraus, daß im Jahre 1901 von den 30 696 Mitgliedern 958 als dauernd arbeitslos zu betrachten sind, für welche insgesamt für 349 790 Tage Unterstützung, gleich  $\text{M} 513 649,25$  zu zahlen war. Der auf das einzelne Mitglied entfallende Beitrag betrug  $\text{M} 32,17$  pro Woche. Wie schon bemerkt, hat der Verband der Buchdrucker auch mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung klein angefangen. Werden alle für den Zeitraum von 1880—1901 gezahlten Beiträge in Betracht gezogen, so ergibt sich, daß der Durchschnittswochenbeitrag  $\text{M} 11,04$  betrug. Der „Correspondent“ bemerkt hierzu:

„Die Arbeitslosenunterstützung nun für sich allein betrachtet, bestätigt zunächst unsere auf dem Gewerkschaftsfesttag in Berlin 1896 aufgestellte Behauptung, daß nur  $\text{M} 10$  pro Woche und Mitglied nötig seien“, um ähnliche Unterstützungen wie die Buchdrucker zahlen zu können; während der 22 Jahre waren  $\text{M} 11,04$  durchschnittlich nötig, um allen an die Kasse gestellten Anforderungen genügen zu können; hierbei wolle man berücksichtigen, daß unser Verband verhältnismäßig hohe Unterstützungen auf einen ziemlich lang bemessenen Zeitraum gewährt. Mit dieser Bestätigung ist dann weiter der zahlenmäßige Beweis für die Durchführbarkeit der in Frage stehenden Unterstützung in allen Branchen erbracht. Lassen sich selbstverständlich diese Zahlen sowie die Kasseneinrichtungen unseres Berufes nicht so ohne Weiteres auf andere Branchen übertragen — Änderungen in der Art, der Dauer usw. dieser Unterstützung müssen Berücksichtigung finden —, so ist doch hinsichtlich der Kosten, dieses Anknüpfungspunktes der Regulation, die Möglichkeit solcher Kassen über allen Zweifeln erhaben.  $\text{M} 10$  — odersagen wir unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten sowie des Ausfalles an Beiträgen durch Krankheit und Arbeitslosigkeit  $\text{M} 15$  pro Woche aufzubringen, ist jeder Arbeiter im Stande und damit kann er sich und seine Familie während der Arbeitslosigkeit vor der ärgsten Noth schützen und hat außerdem nicht nötig, eine wenig beehrtenstriche Arbeitsgelegenheit etwa zu jedem — auch zu den niedrigsten — Preise anzunehmen. Hierin zeigt sich die wichtigste, die sozialpolitische Seite der Arbeitslosenunterstützung

**Der Schmiedeverband** wies am Schluß des Jahres 1902 7484 Mitglieder auf gegen 6392 im Mittel des Jahres 1901, hat also eine verhältnismäßig bedeutende Mitgliederzunahme erfahren. Ueber die Kassengebarung liegt ein zusammenfassender Bericht noch nicht vor.

Alles in Allem scheint das Jahr 1902 den freien Gewerkschaften große Fortschritte gebracht zu haben, das Lehrten alle Abrechnungen, die bisher von den Organisationen gegeben worden sind.

**Der Gastwirthsgehilfenverband** hatte am Schluß des Jahres 1902 2161 Mitglieder, so daß er gegen das Vorjahr, wo er 1973 Mitglieder aufwies, einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen hat. Die Kassenerhältnisse dieser Organisation sind nicht ungünstige. An Einnahmen waren zu verzeichnen  $\text{M} 39 174,10$ , darunter  $\text{M} 25 149,30$  an regelmäßigen Beiträgen; an Ausgaben  $\text{M} 41 113,71$ , darunter  $\text{M} 5230$  für das Nachorgau,  $\text{M} 4331,30$  für Krankenunterstützung,  $\text{M} 3508,46$  an Arbeitsnachweisunkosten,  $\text{M} 3604,25$  an Verbandstags- und  $\text{M} 2492,11$  an Agitationskosten. Dem Verband steht ein Kassenbestand von 12 600,02 zur Verfügung.

**Die Zahl der deutschen Gewerkschaftskarteile bezw. Gewerkschaftskommissionen** beträgt nach der neuesten Aufstellung der Generalkommission 407. Die Zunahme seit Oktober 1902 beträgt 15, und zwar sind seit jenem Zeitpunkt 16 Karteile neu in's Leben getreten, während 1 Karteile eingegangen ist. Die neu erstellten Karteile befinden sich in Bürgel a. M., Fellinghausen bei Kreuzthal, Gebweiler, Gleitwitz, Kronach, Landau i. B., Naun, Naumburg, Solingen, Seiffenhersdorf, Stargard, Tangermünde, Thorn, Unna, Vetschau und Zuffenhausen, während das frühere Karteile zu Oldesloe aufgelöst worden ist.

**Im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße thut, denn über 99 Gerechte.** Ein Maurer, der sich vor Kurzem in den Verband hatte aufnehmen lassen, schrieb dieser Tage an den Vorstehenden der Maurerorganisation in Ulrich folgenden ergößlichen Brief:

Münche, den 3. Februar 1903.

An den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Auf Grund meines Christlichen Glaubens habe ich meinem Heiland am Tage der Konfirmation Treue geschworen. Da ich nun mit Ihren Anschauungen nicht mehr übereinstimme, trete ich mit dem heutigen Tage aus dem Verbands aus und schide Ihnen das Verbandsbuch wieder zurück. Ich möchte nicht die Gnade meines Heilandes auf Muthwillen ziehen, weil das die größte Sünde ist, die je ein Mensch thun kann, denn Jesus ist mein Herr, mein Ein und Alles. Gelobet in Ewigkeit. Detmer Peters.

**Die schweizerischen Gewerkschaften**, deren Fachpresse ja theilweise sehr im Argen liegt, erfahren in ihrer Aufklärungsarbeit seit einigen Wochen eine thatkräftigere Unterstützung auch von der politischen Bewegung. Die sozialdemokratische Zeitung „Volksrecht“ giebt nämlich jetzt achtägig zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit eine Beilage „Der Gewerkschafter“ heraus. Die uns vorliegenden zwei Nummern dieser Zeitung sind flott und verständlich geschrieben und eignen sich sehr zur gewerkschaftlichen Agitation. Es ist zu hoffen, daß das „Volksrecht“ seine Gewerkschaftsbeilage zu einer dauernden Einrichtung macht. Die schweizerischen Gewerkschaften würden das jedenfalls nur mit Freuden begrüßen können.

**Die holländische Arbeiterbewegung** hat zur Zeit eine gewaltige Krise durchzumachen. Im Anschluß an den siegreich durchgeführten Transportarbeiterstreik hat die Regierung für die Transportarbeiter ein Anti-Koalitionsrecht- und Wahlentrechtungsgesetz eingebracht, und um dasselbe durchzuführen zu können, plant man so etwas wie einen kleinen Ueberfall an den gar zu renitentem, auf ihre alten Rechte bestehenden Arbeiter. Blut soll fließen. Deshalb sind schon seit einigen Wochen verschiedene Jahrgänge der Reserve zu den Waffen einberufen. Die Arbeiterorganisationen werden natürlich Alles daran setzen, um der Reaktion in Holland eine Niederlage zu bereiten.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Verfümmelte Arbeitszeit zum Auffuchen einer neuen Arbeitsstelle kann der Arbeitgeber in Abzug bringen.** Bekanntlich verpflichtet die Gewerbeordnung den Arbeitgeber, dem gefündigten Arbeiter gewisse Stunden des Tages während der Arbeitszeit freizugeben, damit er sich nach anderer Arbeit umsehen kann. Es fehlt aber in der Gewerbeordnung eine Bestimmung, ob für diese verfümmelte Zeit der Lohn abgezogen werden kann oder bezahlt werden muß. In drei uns bekannten Fällen, und zwar in **Plauen**, **Samburg** und **München**, haben die Gewerbegerichte entschieden: daß für Zeitverfümmnisse zu besagtem Zweck die Arbeitgeber berechtigt sind, einen der verfümmelten Zeit entsprechenden Lohnbetrag in Abzug zu bringen.

**Unfallrente wollte sich ein Tischler auf unrechtmäßige Art verschaffen** und wurde deshalb unter Bezugnahme auf § 263,43 des Strafgesetzbuches wegen versuchten Betrugs zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt. Er hatte angegeben, daß er beim Aufsuchen eines Abortes gefallen und sich den Fuß gebrochen habe. Später, bei Untersuchung des Falles, stellte sich heraus, daß der Angeklagte sich den Fuß beim Ringen mit einem Monteur gebrochen habe, und zwar nach Feierabend in der Kantine. Das Gericht nahm als straferschwerend an, daß der Betrugsversuch gegen eine Wohlfahrtseinrichtung (Nordb. Holzberufsgenossenschaft) gerichtet war.

Das Gericht hätte dem Angeklagten und dem Monteur rathen sollen, ihre freie Zeit besser als mit Ringen auszunutzen.

**Keinen Gehalt zahlen braucht eine Firma ihren Beamten, wenn der Betrieb abgebrannt ist.** Ein Handlungsgehilfe hat wegen Verweigerung des Lohnes geklagt und beim Amtsgericht ein obliegendes Urtheil erstritten. In der Berufungsinstanz beim Landgericht in Rosen wurde der Handlungsgehilfe abgewiesen. Das Gericht nahm Unmöglichkeit der Erfüllung an. Nach § 323 des

**B. G. B. ist der Arbeitgeber von der Vertragspflicht dem Anderen gegenüber in solchen Fällen befreit.**

**Technisches.**

**Schuttmittel gegen feuchte Wände.** Unter dem Namen Passerol wird ein Schuttmittel gegen feuchte Wände in den Handel gebracht, welches sich bereits vielfach vorzüglich bewährt hat. Dasselbe ist nach einem Bericht des Patent- und Maschinengeschäfts von Mich. Lüders in Gorkig kein gewöhnlicher Anstrich, sondern ein Mittel, welches sich unter Bildung einer Kalkkruste mit dem Fuß des Mauertwerks chemisch verbindet. Bei Anwendung dieses Mittels, welches eine Erfindung von Dr. Heinrich Spag in Berlin ist, wird das Abplätzen der Tapeten bei sonst sehr feuchten Wänden vollständig vermieden; ebenso das Abblättern von Delanstrichen. Feuchte Wohnungen lassen sich durch das Mittel schnell und in bester Weise bewohnbar machen. Bei Zementbauten verhindert ein Anstrich von Passerol die Bildung von Rissen und damit die Verminderung der Undurchlässigkeit. Zementputz wird bedeutend widerstandsfähiger gegen die Einflüsse der Temperatur, von Säuren und Ammoniak. Auch wird das Anfeuchten und das Wachsathum der Moose hintangehalten. Feuchte oder frische Mauern lassen sich, mit einem doppelten Ueberzuge von Passerol versehen, bereits nach zwei Tagen mit Oelfarbe streichen, ohne daß dieser Anstrich Schaden litte.

**Mittel, um das Gefrieren der Fensterscheiben zu verhüten.** Das sicherste Mittel, um Schaulenfenster vor dem Anlaufen zu schützen, besteht darin, daß man die Temperatur im Schaulenfenster der Außenluft möglichst gleich macht; um dies zu erreichen, genügt es, an den oberen und unteren Rahmen des Schaulenfensters je nach der Breite desselben in Abständen von 10—15 cm kreisrunde Löcher von zirka 2 cm Durchmesser einzubohren, die man in der wärmeren Jahreszeit durch Korke verschließen kann. Als Sicherheitsvorrichtung gegen außen ist auf dem Boden des Schaulenfensters in zirka 4—5 cm Abstand ein Blechstreifen anzubringen, der sich nach oben zu schräg gegen die Scheibe neigt. Auf diese Weise kann beständig durch die oberen Löcher die warme Luft abziehen und durch die unteren Löcher die kalte Luft einströmen, wodurch dem Anlaufen vorgebeugt wird. — Das Anlaufen der Fenster soll sich auch verhüten lassen, indem man in jedes Fenster zwei flache Porzellan- oder Glasschalen mit Chlorcalcium, in jeder Drogerie oder Apotheke erhältlich, stellt. Der Inhalt der Schalen wird alle zwei bis drei Tage durch frisches ersetzt, das gebrauchte Chlorcalcium bei mäßiger Wärme getrocknet und dann erst wieder verwendet. — Sind Fensterscheiben aber gefroren, so tauen sie alsbald auf, wenn sie mit Salz- oder Ammoniumlösung bestrichen werden. Eine Hand voll Salz auf  $\frac{1}{2}$  Liter Wasser. Das Bestreichen geschieht am besten mit Borstenpinsel oder Schwamm. Nach dem Auftauen müssen die Fenster gut abgetrocknet werden.

**Literarisches.**

„Der Fall Krupp“, sein Verlauf und seine Folgen. Diese im Verlag von G. Birk & Co. in München, Wittelsbacherplatz 2, erschienene Broschüre kostet nicht 20  $\text{M}$ , wie von uns irrthümlich in Nr. 5 angegeben wurde, sondern 50  $\text{M}$ , kommen hinzu 25  $\text{M}$  Nachnahmegebühr, macht 75  $\text{M}$ . Man thut am besten, sich die Broschüre durch einen Buchhändler oder eventuell durch einen Parteikolporteur besorgen zu lassen.

Im Verlag des Vorwärts erschien: **Die Volksschule wie sie ist.** Von Otto Nühle. Preis 30  $\text{M}$ , Porto 3  $\text{M}$ .

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in lebhafter Darstellung die Zustände in unserer heutigen Volksschule, die eine Anstalt sei, um möglichst willige Lohnsklaven für das Kapital zu erziehen. Der Klassenstaat, sagt der Verfasser, hat Klassen Schulen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung kaufen. Die Broschüre füllt eine Lücke in unserer Parteiliteratur aus und wird in der Agitation werthvolle Dienste leisten, wir wünschen ihr deshalb die weiteste Verbreitung.

**Sichschwur am 1. Mai für Männerchor mit Solosquartett** betitelt sich die im Verlag von J. Günther-Dresden erschienene Komposition von G. S. Frey, op. 13. Die Dichtung von Robert Seidel, unserem Schweizer Arbeiterdichter, bezweckt, die um den Achttundentag im Kampfe stehenden Arbeiter zu unterstützen. Der frisch und feurig geschriebene Chor, von idealbesetzten Sängern zum Vortrag gebracht, dürfte seine Wirkung auf die Zuhörer nicht verfehlen und uns manchen Mitkämpfer zuführen. Wir empfehlen obige Komposition, die eine wirkliche Bereicherung der musikalischen Arbeiterliteratur darstellt, zur Anschaffung und Aufführung. — Partituren versendet die Verlagshfirma gern zur Einsicht.

**Briefkasten.**

\* Wer liefert buchene Stuhlfüße, 48 cm hoch, gedreht 41 cm, ohne Anleimen, 55 mm im Quadrat.

\* Wo erhält man fertige Mahagonisäulen für Trumeaux. **Zittau, F.** Wir hatten angenommen, daß die Kollegen bei **L.** sich thatsächlich im Auslande befanden. Wenn das nicht so ist, vertheilen wir nicht recht, weshalb die Sperre verhängt wird, wenn doch Mitglieder des Verbandes am Orte darin arbeiten. Nun gut, wir streichen dieselbe, da das Weiterfortbestehen unter solchen Umständen geradezu an groben Unfug grenzt.

**Habensburg, M.** Leider nicht zu vertreten, weil kein Zusammenhang zu finden ist.

**Flensburg, M. B.** Unseres Wissens ist der Verlag immer angegeben. Durch uns sind solche Hefte nicht zu beziehen, es sei denn, daß dies ausdrücklich bemerkt wird.

**G. W. in G.** In der „Deutschen Tischlerzeitung“, Berlin W 35, Sülzowstr. 6.

**Flensburg, M. D.** Es sind nur noch einzelne Zeichnungen von der früheren „Neue Tischler-Zeitung“ vorhanden. Die von Ihnen angegebenen Werke zum Selbstunterricht sind uns nicht bekannt. Wir kennen nur das Werk: „Die Schule des Tischlers“, Preis  $\text{M} 6$ , welches Sie durch unsere Expedition beziehen können.

**S. L., Stolp.** Sie bekommen von der Kasse aus Antwort.



**Berichtungs-Anzeiger.**

**Barmen.** Am Samstag, den 24. März, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7. **Biesenthal.** Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat bei Herrn Franz Schulz. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

**Braunschweig.** Sonnabend, 14. März, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Berber 32.

**Eisenberg.** Sonnabend, den 14. März, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 84.

**Emden.** Donnerstag, 12. März, bei Menthe. **Finstertal.** Sonnabend, 14. März, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

**Liegnitz.** Am Sonnabend, den 14. März, Abends 8 Uhr, in „Sandsouci“.

— Am Montag, den 23. März, Abends 8 Uhr: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung in „Sandsouci“. Referent Kollege K. Dittich.

**Weinheim.** Am 14. März, im „Goldenen Schaf“.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Darmstadt.** Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei M. Stilling, Liebfrauenstr. 37. Umschauen verboten.

**Gartha.** Bevollmächt. Oskar Streller, Ammerstraße 6. Kassierer Oskar Schmiedel, Bismarckstraße 6. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr aus. Verkehrslokal „Restaurant Ziller“.

**Stettin.** Bevollm. Richard Falkenberg, Philippstr. 72. Kassierer Emil Wroblewski, Turnerstr. 37. 3. St. Reiseunterstützung wird ausbezahlt im Verkehrslokal, Rosengarten 6, 1. St. Die Herberge befindet sich im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10. Wir eruchen die reisenden Kollegen, nur hier zu verkehren.

Kollege Kulack wird ersucht, die Reiselegitimation zurück zu senden, worauf er am Dienstag, den 24. Februar, in Trier M. 1,50 erhalten hat. Die Verwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht.

**Peinrich Bastian,** Kassierer, Trier, Gernanstr. 1.

Der Kollege Emil Reinhold, Tischler, geb. zu Altona, Buch-Nr. 53 655, wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

**Gustav Mertich,** Bevollmächtigter, Delmenhorst, Schulstr. 8.

Diejenigen Kollegen, welche in den Besitzen von folgenden Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ sind und eventuell abgeben wollen, werden freundlichst gebeten, der Ortsverwaltung Köln Mitteilung zu machen, weil dieselben zum Einbinden fehlen. 1893: 22 und 26, 1894: 16, 1895: 8, 10, 28 und 35, 1896: 6 und 10, 1899: 14 und 31, 1902: 27.

J. A.: J. Busse, Ursulaplatz 6.

**Liedertafel „Loreley“ 1884**  
(Holzarbeiter Altonas.)

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.)

**2. Winter-Bergnügen**

im Lokale „Carlruhe“, Ottenfen am Sonnabend, 14. März 1903

Abends 8½ Uhr,

bestehend in Gesang, Kom. Vorträgen und Aufführung eines Theaterstückes.

Um 12 Uhr: Große Appenpolonaise.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Ein durchaus tüchtiger, selbstständiger Fraiser für Kastenmöbel für dauernd gesucht.

**Heinr. Schumacher,**  
Möbelfabrik, G. m. b. H.,  
Grünstadt (Wfalz).

Tüchtige Stohraspeler, Feiler, Schleifer und Polierer finden lohnende, dauernde Beschäftigung.

**H. C. Meyer Jr.,** Stodfabrik,  
Harburg a. d. Elbe.

Zwei tüchtige Kreisraspeler bei dauernder und lohnender Beschäftigung verlangen

**W. Kemmert & Co.,** Schirmstodfabrik,  
Berlin, Prinzenstr. 86.

Durchaus tüchtiger, energischer, in Ristenfabrikation vollst. fachkundiger

**Arbeiter**

wird als Vorarbeiter für Ristenfabrik Nürnberg gesucht. Dauernd guter Posten. Offerten unter R. 2951 an Haasonstein & Vogler A.-G., Nürnberg.

Korbmacher auf Mattarbeit gesucht.  
**Wwe. B. Fechner & Sohn,**  
Oranienburg b. Berlin.

Korbmacher,  
flotte Gestellarbeiter, auf Akkordblohn für dauernd gesucht.

**Mathesius, Gaußsch b. Leipzig.**

Ein tüchtiger Korbmacher, in Gestell-, Geflagen- und auch Bambusarbeit bewandert, findet dauernde Beschäftigung. **W. Waker,** Bremen, Herdenthorsteiuweg 43.

3-4 zuverlässige Korbmacher auf edige, grüne Arbeit für dauernd gesucht.

**W. Flügge, Gr.-Wusterwitz.**

**Einige tüchtige Korbmacher**

auf Roharbeit für dauernd gesucht.  
Erste süddeutsche Rohkorb-Manufaktur,  
**C. Schlossstein, Heilbronn a. N.**

Gesucht 1 Korbmacher auf Mattarbeit.  
**L. Behsen, Trittau i. Holst.**

Suche zum 1. April einen tüchtigen Korbmachergefellen auf groß geschlagene Arbeit. Dauernde Beschäftigung.

**G. Weitzel, Minden i. W.**

Suche zu sofort einen guten Gefellen auf Gematt.

**A. Severidt,**  
Watenbüttel b. Braunschweig.

Suche auf dauernde Arbeit (runde Mattarbeit) einen Gehülfen auf Wochen- oder Stücklohn.

**Jacob Krämer,** Korbmachermeister,  
Bad Emß.

Ein tüchtiger Korbmacher auf grüne Mattarbeit sofort gesucht.

**Gustav Küstermann,** Korbmacher,  
Wäthen-Langerhütte.

Noch ein tüchtiger Bürstenmacher gesucht für alle Arbeiten auschl. Holzwerk.

**Theo Simon,** Bürstenfabrik,  
Eshweiler (Nhl.).

Suche tüchtige Feiler. Preis M. 1,30 und M. 1,40, ohne Auspugen und Beschneiden.

**Fritz Hoings,**  
Lippstadt (Westfalen).

Solider, anst. Bürstenmacher, der selbstständig arbeitet, etwas Bohren und Holzwerk versteht, erhält sofort oder später dauernde, angenehme Stellung. Offerten unter G. R. 80 an die Expedition d. Bl.

Wegen Fortsetzung eines durch Erbschaft übernommenen Handelsgeschäftes ist in einer Stadt in Holstein eine Tischlerei mit guter, sicherer Kundschaft zu verkaufen.

Offerten unt. **B. Sch.** an die Exped. d. Bl.

**C. Bratsch,**  
Lackfabrik,  
Berlin-Reinickendorf.

**Poliren u. Lackieren überflüssig.**

Auf jedes rohe Holz kann durch einfachen Anstrich mit

„Polisol“, Berliner...  
ein vorzüglicher, spiegelglatter Hochglanz erzeugt werden.

**Berliner Imprägnir-Präparat**  
„Grundol“

Poren schliessend! Grundpolieren überflüssig!  
Sofort eine glatte Glanzdecke, auf der Politur, Lack u. Mattierung vorzüglich stehen!

**Meinel & Herold**  
Harmonika-Fabrik  
Klingenthal (Sa.) Nr. 103.  
versenden unter Garantie direkt an die Spieler per Nachnahme ihre vorzüglichen Harmonikas.  
**Nur 4 1/2 M.**

Folgt eine solche Cons.-Zug-Harm. mit 10 Tasten, 50 farb. Stim. (2 chörig), Pa. Stahlfederung, off. Claviatur, 3 theil. (12 falt.) weit ausziehbarer Balg mit Metallschuhen, vernickelte Metallbauskappen, Größe ca. 38 cm, dieselbe Harmonika, 3 achte Register, 3 chörig, 70 Stim., prächtiger Orgelton, kostet **nur 6 M.**  
Selbstlernschule u. Holzflöte umsonst hierzu. 2, 3, 4, 5, 8 chörig; 2 u. 3 reih., sowie fogen. Wiener Harmonikas in Ab. 120 Nr. Paunend billig u. doch gut. Neuester Katalog (100 Seiten farb. m. 200 Abbild.) umsonst. Musikwerke, Violinen, Mundharm., Bandonions, Sichern billig. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Kein Risiko. Ueber 5000 Dankschreiben.

**Viel sparen**  
kann Jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene  
**\* Felsen-Hemd \***  
trägt. Bestes Ericot-Hemd, fast unzerreißbar, warm — nicht einlauesend  
Brust- oder Mittel- oder ganz groß  
Achselmaß: M. 2,50 2,75 3,—  
Hosen: 2,— 2,20 2,40  
Vorhersehung ob. Nach. v. 3 Stk. an franko  
Alleinverkauf: **Gustav Krüdel, Betz.**

Umsonst und franko erh. jed. mein. Pracht-Katalog m. ca. 3000 Abbildung. v. Messer, Scheren, Sensen, Wägen, Feuertöpfe, Gold- und Silberwaren u. (unentbehrlich f. jed. Haushalt). Empfehle unübertroffene Silberstahl-Kristallmesser mit Stiel zu 2 Mk., dito Diamantstahl 3 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.  
**Fritz Hammesfahr,**  
Focke-Sollingen, Stahlw.-Fabr. u. Versand.

**Fachschriften u. Lehrbücher**  
für Handwerker u. Gewerbetreibende.  
Kataloge gratis u. franko  
**JOH. SÄSSENBACH,** Bücher-Versand, BERLIN

**Südd. Schreiner-Fachschule**  
Nürnberg.  
Erfolgreichste Lehrmethode.

**Tischler-Fachschule**  
Neustadt i. Meckl.  
Zeichner, Werkführer, Meister.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

*Das Ludwig's Büro*  
senden wir dem kaufenden Publikum **kostenlos u. ohne Kaufzwang** in Gestalt prachtvoller Musterkollektionen und reichhaltiger Kataloge.  
**= Direkter Bezug =**  
gediegen-eleganter Herren-Anzug- und Paletotstoffe, Damenkleider- und Bousenstoffe jeder Art, Weiss- und Baumwollwaren, Gardinen. Fertiger Wäsche, Bedarfsartikel für Damen, Herren- und Kinder. — Grösste Auswahl, billigste Preise.  
**Aufträge von Mk. 15 an portofrei.**  
*Muster franco, Katalog gratis*  
**Tuchausstellung Augsburg 271.**  
(Wimpfheimer & Cie.)

**Holzfraiser**  
finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei  
**Julius Krimmer, Garthau b. Chemnitz.**

**Hochfeine Nickel-Schreiner-Uhrkette** (nie schwarz oder gelb werdend) **pro Stück Mk. 2.40**  
gegen Nachnahme. Porto 20 A.  
  
Nr. 1249.  
Hauptkatalog mit ca. 2500 Abbildungen über Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge, Haushaltgeräte, Lederwaren, Musikinstrumente, elektrische wie photographische Apparate, Uhren, Gold- und Silberwaren und viele Neuheiten versenden umsonst und portofrei  
**E. von den Steinen & Cie., Wald bei Solingen 34.**  
Stahlwarenfabrik und Versandhaus.